

NATIONALE PROJEKTE DES STÄDTEBAUS

Städtische Räume entwickeln

Impulse für Identität, Begegnung
und Resilienz



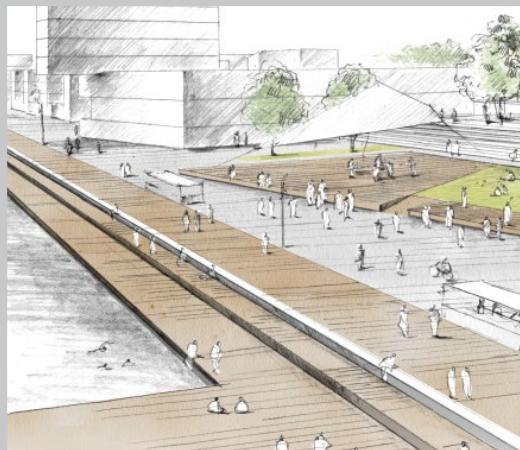
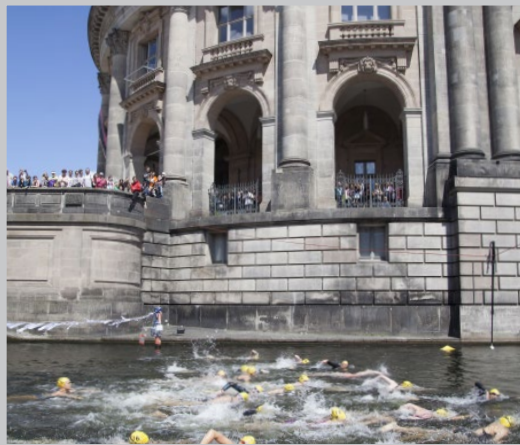
Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen



Nationale Projekte
des Städtebaus

Inhalt

<i>Einführung</i>	<u>4</u>
Städtische Räume weiterdenken	<u>5</u>
Rückenwind für die Kommunen	<u>10</u>
<i>Identität erlebbar machen</i>	<u>16</u>
Freiräume als Anfangspunkt	<u>17</u>
Neue Adressbildungen	<u>20</u>
Neue Mitten als Impulsorte für kleine Städte	<u>22</u>
<i>Begegnung ermöglichen</i>	<u>28</u>
Beteiligung und Experiment	<u>29</u>
<i>Zukunft gestalten</i>	<u>36</u>
Schauplätze integrierter und nachhaltiger Stadtentwicklung	<u>37</u>
Die eierlegende Wollmilchsau?	<u>42</u>
<i>Impressum</i>	<u>44</u>



Einführung



Städtische Räume weiterdenken

Wenn wir Menschen fragen, was ihnen städtische Räume bedeuten, bekommen wir viele Antworten. Egal wo man wohnt und arbeitet, wie alt man ist und woher man kommt: Städtische Räume prägen den Alltag. Zentrale Plätze und Parks, Straßenräume, Uferzonen von Gewässern, Brachen werden als neutrale Alltagsorte, als unangenehme Angstorte oder als wertgeschätzte Begegnungsorte wahrgenommen. Es wird aufgezählt, was schön ist, was schön sein sollte und was überhaupt nicht funktioniert. Wie städtische Räume aussehen, was in ihnen möglich wird, wer sie wann wie benutzt und benutzen darf, ist vielen Menschen wichtig. Die Haltungen und Positionen dazu sind oft kontrovers. Einig ist man sich schnell, dass sich in städtischen Räumen das öffentliche Leben manifestiert, dass hier Begegnung und Teilhabe möglich werden sollen, dass eine hohe Qualität städtischer Räume wichtig ist für das Leben in der Stadt. Der Grad an Vielfalt, den man sich wünscht oder auch zu tolerieren bereit ist, die Definition und die Voraussetzungen dieser Vielfalt allerdings führen zu Diskussionen.

Jede Bürgermeisterin, jeder Stadtverordnete, jede Mitarbeiterin aus einer Planungsverwaltung kann schnell etliche Beispiele aufzählen, wie etwa in Bürgerveranstaltungen, im Rat oder mit dem Kämmerer darüber diskutiert wird. Dieses Ringen kennen auch die Nationalen Projekte des Städtebaus. Die Beteiligung am Bundesprogramm bedeutet in vielen Fällen aber nicht nur eine finanzielle Förderung, sondern Rückenwind für das Ringen um die beste Lösung.

Der Wandel städtischer Räume

Städtische Räume entwickeln: Darum geht es in vielen Nationalen Projekten des Städtebaus. In einer Befragung im Rahmen der fachlichen Begleitung gaben zwei Drittel der teilnehmenden

Programmkommunen an, dass bauliche Maßnahmen in öffentlichen Räumen in ihren Projekten eine zentrale Rolle spielen. Als wichtiges bzw. sehr wichtiges Qualitätsmerkmal nannten in derselben Befragung über die Hälfte der Teilnehmenden eine herausragende Freiraumqualität. Aber was genau sind städtische Räume eigentlich? In der Stadt- und Freiraumplanung gibt es keine eindeutige Definition. Eine erste mögliche Antwort: Städtische Räume entstehen ganz automatisch dort, wo sich die Wege der Menschen kreuzen, wo sie geplant oder ungeplant aufeinandertreffen. Städtische Räume sind also Orte der Vielfalt. Es geht gar nicht anders! Wie sie jedoch zugänglich gemacht werden, wie sie nutzbar sind, welcher Anspruch an ihre Gestaltung gelegt wird und was das kosten darf, wer mitgestalten darf und wer sich nach der Fertigstellung kümmert, dazu sind die Positionen oft verschieden.

Städtische Räume verändern sich. Sie verändern sich durch diejenigen, die in ihnen präsent sind, durch die Art und Weise, wie wir sie benutzen, durch den Klimawandel, durch den Zahn der Zeit, durch Moden. All diese Veränderungen passieren – oder sie können gestaltet werden.

Gruppenarbeit bei einer Austauschveranstaltung im Rahmen der Programmbegleitung. Foto: Thomas Müller, BMWSB





Austausch im Rahmen eines Netzwerktreffens der Programmbegleitung.
Foto: Reinaldo Coddou, BMWSB

Und bei dieser Gestaltung müssen immer mehr Aspekte berücksichtigt werden. Um nur einige von ihnen zu nennen: demografischer Wandel und unterschiedliche Mobilitätsansprüche, formelle und informelle Beteiligung, analoge und digitale Infrastruktur, Stadtgrün und Bewegung, Denkmalgerechtigkeit und Teilhabe. Diese punktuellen Aufzählung zeigt eines: *Städtische Räume entwickeln* ist eine komplexe Aufgabe. Auf das Wie dieser Entwicklung geben die Nationalen Projekte des Städtebaus vielfältige Antworten. Eins ist ihnen aber gemeinsam: der überdurchschnittliche Qualitätsanspruch an die Auswahl der geeigneten Instrumente, an die gestalterischen Lösungen und an die Aushandlung der besten Option in einem gemeinschaftlichen Prozess. Und das bedeutet auch, dass in sehr vielen der Projekte sehr unterschiedliche Akteursgruppen zusammenarbeiten (müssen).

Kaleidoskop der Zukunftsperspektiven

Groß-, Mittel- oder Kleinstadt, mittendrin oder peripher, bürgerschaftlich initiiert oder von der Verwaltung angestoßen: In ihrer Unterschiedlichkeit schaffen die Nationalen Projekte des Städtebaus dank kuratierter Auswahl, Begleitung bei der Projektentwicklung und kontinuierlichem Wissenstransfer während der Umsetzung ein Kaleidoskop der Zukunftsperspektiven. Ent-

sprechend adaptiert sind diese für viele andere Städte und Kommunen wegweisend. Mit vielfältigen Instrumenten der Planung werden ortsspezifische und situationsadäquate Lösungen entwickelt. Sie leisten einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort. Dabei geht es um sehr viele Aspekte: etwa den gesellschaftlichen Zusammenhalt in städtebaulich, wirtschaftlich oder sozial benachteiligten Quartieren, die Integration neuer Quartiere und Stadtteile in das städtische Geflecht, die Transformation monofunktionaler Verkehrsräume und Brachen, die Öffnung isolierten baukulturellen Erbes oder die Stärkung gesamtstädtischer Identität. Immer aber werden städtische Räume nicht isoliert betrachtet, sondern als Teil eines größeren Gefüges verstanden. Zusammengefasst lässt sich formulieren: Die Nationalen Projekte des Städtebaus zeigen in ihrer Vielfalt Lösungsansätze für fast alle drängenden Fragen bei der Gestaltung städtischer Räume auf.

Dabei spielen räumliche Planung und Prozessgestaltung gleichermaßen Schlüsselrollen. Welche der in der Regel vielen unterschiedlichen Akteure wann und wie eingebunden werden, ist dafür ebenso wichtig wie die Perspektiven, aus denen die jeweilige Planung betrachtet wird. In den Fachveranstaltungen im Rahmen der Pro-

grammbegleitung (siehe Abbildungen) wurde deutlich, dass die Fachleute, die die Projekte vor Ort gestalten, sich weitgehend einig sind: Gebäude und die sie umgebenden Grün- und Freiräume [müssen] zusammengedacht werden, gleichzeitig ist der Sozialraum eines Quartiers oftmals durch hohe Komplexität gekennzeichnet. Die unterschiedlichen Bedarfe und Nutzungsansprüche der Akteure vor Ort müssen im Entwicklungsprozess ausgehandelt und das Raumgefüge muss neu geordnet werden. Aufgrund der besonderen sozialräumlichen Bedeutung erfordert die Entwicklung städtischer Räume ortsbezogene Ansätze, die eine individuelle Prozessgestaltung und den individuellen Einsatz von Instrumenten ermöglichen.

Impulsgeber auch für wirtschaftliche Belebung

Das Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus unterscheidet sich in Anspruch und Wirkungsweise von den Angeboten der Städtebauförderung, mit denen Bund und Länder seit über 55 Jahren Kommunen bei der Gestaltung attraktiver Wohn- und Lebensräume unterstützen. Ein umfassender Qualitätsanspruch sowie städtebauliche und prozessuale Alleinstellungsmerkmale sind Voraussetzung dafür, dass der Bund die Kommunen unmittelbar fördert. Deswegen basiert die Aufnahme ins Programm auf einer Reihe von Auswahlkriterien und auf einem Juryvorschlag, auf dessen Basis nach der Entscheidung der Hausleitung des Bauministeriums ein Zuwendungsantrag erarbeitet wird.

Einige der Kriterien, an denen der Erfolg der Förderung gemessen werden kann, lassen sich trotzdem mit denen der Städtebauförderung vergleichen, zumal rund die Hälfte der Nationalen Projekte des Städtebaus in einer Förderkategorie der Städtebauförderung liegt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass die Hebelwirkung der Städtebauförderung – eine Million Euro Fördermittel löst rund sieben Millionen

Euro private und öffentliche Folgeinvestitionen aus – auch für die Investitionen im Bundesprogramm zutrifft. Für die städtischen Räume, deren gemeinsame Entwicklung zentraler Gegenstand dieser Veröffentlichung ist, kommt diesen mittelbaren Effekten besondere Bedeutung zu. Qualitätsvoll gestaltete Orte, die im öffentlichen Bewusstsein als Räume der Teilhabe verankert sind und von den Menschen vor Ort angeeignet werden, entfalten eine nachweisliche Investitionslogik: Unabhängig von der konkreten Raumtypologie schaffen sie ein Umfeld, das private und weitere öffentliche Mittel anzieht. Darüber hinaus entfalten die Nationalen Projekte des Städtebaus dort besondere wirtschaftliche Wirkung, wo sie in größere städtebauliche Neuordnungen eingebunden sind, bauliche Qualitätsmaßstäbe setzen oder als strukturgebende Freiraum- und Stadtbauprojekte Impulse auslösen. Sie sind Katalysatoren künftiger wirtschaftlicher ebenso wie künftiger räumlicher Entwicklung.

Was sind städtische Räume in den Nationalen Projekten des Städtebaus?

Wie eingangs beschrieben, entzieht sich der Begriff der städtischen Räume einer klaren Definition. Zur Beschreibung der vielfältigen Ansätze in den Projekten hilft eine Eingrenzung anhand von Schlüsselmerkmalen. Zunächst ganz allgemein: Städtische Räume werden durch ihre Gestalt, Funktion und Dynamik charakterisiert. Sie sind beispielsweise Straßen, Plätze, Parks und Uferzonen – das, was zwischen Gebäuden entsteht und durch verschiedene Formen räumlicher Begrenzung definiert wird. Die Architektur der umgebenden Gebäude, ihre Nutzung und ihre Zugänglichkeit sind mitentscheidend dafür, dass ein städtischer Raum als attraktiv und funktional wahrgenommen wird. Aber auch grüne und blaue Infrastruktur sind maßgeblich für die Aufenthaltsqualität, die wir einem städtischen Raum beimessen.



Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung begleitet das Bundesprogramm fachlich und administrativ. Urbanizers unterstützt seit 2019 die fachliche Begleitung. Im Rahmen der laufenden Beobachtung aller Förderprojekte sowie der Auswertung der ersten Jahrgänge wurden alle Projekte einem oder mehreren der drei Arbeitsfelder *Baukulturelles Erbe in Wert setzen*, *Städtische Räume entwickeln* und *Städtebau für die Zukunft gestalten* zugeordnet. Diese Systematisierung schuf die Grundlage für den Wissenstransfer im Programm ebenso wie für die



vertiefte Untersuchung von Schlüsselaspekten wie dem des Wechselverhältnisses von Städtebau und Demokratie.

Gleichzeitig sind städtische Räume mehr als die Summe baulicher Faktoren: Sie sind Orte gesellschaftlicher Interaktion und kollektiver Aneignung. In ihnen findet das öffentliche Leben der Stadt statt: von alltäglichen Bewegungen und Begegnungen über kulturelle Veranstaltungen bis hin zu politischen Versammlungen. Wenn es gut läuft, entstehen so Orte, über deren Bedeutung die Nutzenden sich einig sind und die einen Beitrag zur Identitätsbildung der Stadtgesellschaft leisten. Die besondere Qualität städtischer Räume liegt in ihrer Dynamik. Sie sind Orte kontinuierlicher Aneignung und Weiterentwicklung, deren Nutzung sich mit den Bedürfnissen der Gesellschaft, den Jahres- und Tageszeiten sowie kulturellen und politischen Entwicklungen verändert. Diese Wandlungsfähigkeit macht sie zu einem lebendigen Spiegel städtischen Lebens.

Als demokratische Handlungsräume bieten sie Raum für Teilhabe, Meinungsäußerung und ge-

sellschaftlichen Diskurs. Sie sind unverzichtbare Infrastruktur des Gemeinwesens und ermöglichen Begegnungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Damit schaffen sie Verbindungen zwischen unterschiedlichen Quartieren, Funktionen und Lebenswelten und bilden ein integratives Netzwerk innerhalb der Stadt. Für all diese Aspekte von Gestaltung, Funktion und Dynamik gibt es im Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus gute Beispiele. Durch die Förderung besonderer Orte, besonderer Konstellationen und besonderer Vorgehensweisen leistet das Programm einen prägenden Beitrag zur städtebaulichen Identität der Förderkommunen und lädt zur Identifikation ein. Mehr Infos über alle geförderten Projekte gibt es auf der Internetseite und in zahlreichen Publikationen (siehe Kasten links unten).

Über dieses Heft

Die Projekte, die in diesem Heft vorgestellt werden, repräsentieren unterschiedliche Stadtgrößen, unterschiedliche Aufgaben, unterschiedliche Herangehensweisen und unterschiedliche Lösungen für die Entwicklung städtischer Räume. Diese sind, wie dargestellt, ohnehin sehr heterogen. Vor allem aber ging es darum, die Vielfalt des Wechselspiels zwischen baulicher Struktur und gesellschaftlicher Nutzung, zwischen der Gestaltung von Prozessen und von Orten abzubilden. Deutlich wird: Um die qualitativen Alleinstellungsmerkmale zu erreichen, die von einem Nationalen Projekt des Städtebaus erwartet werden, muss jede Kommune einen individuellen Entwicklungspfad finden. Ist dieser einmal beschritten, sind trotzdem häufig noch taktische und strategische Anpassungen nötig. Die Teilnehmenden des Round-Table-Gesprächs → S. 10 kennen das Programm aus ganz unterschiedlichen Perspektiven. Sie sind sich aber einig über den Handlungsspielraum, den es den Kommunen eröffnet. Daraus entsteht Rückenwind für die Akteure vor Ort.

Im ersten Kapitel geht es dann unter der Überschrift „Identität erlebbar machen“ um die Frage, wie städtische Räume in den Nationalen Projekten des Städtebaus Zugehörigkeit und Identifikation schaffen. Sie können – wie in Koblenz und Schwerin – strategisch genutzt werden, um baukulturelles Erbe zu aktivieren und Denkmäler ins städtische Leben zurückzuholen. Qualitativ gestaltete, nutzbare Freiräume fördern die Erlebbarkeit historischer Bauwerke und schaffen – wie in Wittenberge – die Grundlage für weiterführende Investitionen. Darauf aufbauend wird gezeigt, wie – z. B. in Heidelberg und Bamberg – aus ehemaligen Militärarealen und anderen Konversionsstandorten neue Identitätssorte entstehen, die Vergangenheit und Zukunft verbinden. Den Projektvorstellungen in diesem Kapitel folgen Stimmen aus der Praxis: Projektakteure aus Flöha, Wangen im Allgäu und Weinstadt berichten, wie in kleinen Städten völlig neue Quartiersmitten als Impulsorte entwickelt werden. Diese Impulsorte sind immer auch Begegnungsorte, sodass das Gespräch ins zweite Kapitel überleitet: „Begegnung ermöglichen“ beschreibt das Potenzial der Aktivierung ungenutzter oder monofunktionaler städtischer Räume für das Zusammenleben in der Stadt. Ihre Transformation geht – wie beim Parkbogen Ost in Leipzig und bei der Radbahn in Berlin – häufig auf bürgerschaftliches Engagement zurück. Experimentelle Entwicklungsformate – wie am Büchel in Aachen – sorgen für überregionale Aufmerksamkeit und zugleich für lokale Akzeptanz. Der Schlüssel für die langfristige Etablierung solcher Begegnungsorte ist aber vor allem die kooperative Prozessgestaltung, die ein Qualitätsmerkmal vieler Nationaler Projekte des Städtebaus ist.

Das dritte Kapitel verdeutlicht, dass Teil des Qualitätsanspruchs im Bundesprogramm auch ein ausgeprägter Zukunftsbezug ist. Zukunftsfähige städtische Räume brauchen Resilienz – und diese Resilienz entsteht nicht zuletzt durch

den Aus- und Umbau der grün-blauen Infrastruktur. Sie stärkt, wie zuletzt in den Baukulturellen Leitlinien des Bundes 2024 betont, das Zusammenleben in der Stadt und erlaubt Antworten auf ökologische Herausforderungen. Dass diese Antworten nicht ausschließlich technischer Natur sind, sondern zur multicodierten Aufwertung städtischer Räume beitragen können, zeigen mehrere Nationale Projekte des Städtebaus in sehr verschiedenen städtischen Kulissen. Neue Begegnungsorte im Einklang mit den Notwendigkeiten technischen Hochwasserschutzes entstanden bzw. entstehen z. B. in Bremen, Cuxhaven und Stralsund. Ein anderer Weg wurde in Paderborn gesucht, wo eine einzigartige Flusslandschaft in die Innenstadt integriert wurde. Mit der Reaktivierung historischer Wasserverbindungen in Bad Karlshafen schließlich entstanden neue Impulse für die barocke Planstadt, die nicht nur ökologisch und kulturell von Bedeutung sind, sondern auch den Bogen zu den oben erläuterten wirtschaftlichen Impulsen durch die Gestaltung städtischer Räume schlagen.

Gesprächsrunde bei einer öffentlichen Veranstaltung.
Foto: Thomas Müllerr, BMWWSB



Rückenwind für die Kommunen

Was sind die Zutaten für Projekte mit langfristiger Qualität? Was macht gute Prozessgestaltung aus?

Diese beiden Fragen standen im Mittelpunkt eines Gesprächs unter Fachleuten, die das Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus aus unterschiedlichen Perspektiven begleiten – als Planende, Programmverantwortliche, Unterstützende und Forschende. Die Entwicklung städtischer Räume im Rahmen des Programms zeichnet sich durch hohe Qualität und Vielfalt aus, wie die zahlreichen Beispiele in dieser Publikation zeigen. Doch wie wird das erreicht? Und wo gibt es Stolpersteine? Die Beteiligten ziehen eine Zwischenbilanz und beleuchten, wie eine strategische Prozessgestaltung dazu beiträgt, Qualität zu sichern und nachhaltige Wirkung zu entfalten.

Frauke Burgdorff: Stadtentwicklungsprojekte können und sollten sich langsam entfalten und auch mit veränderten Rahmenbedingungen lebendig bleiben. Sie sollen als Vorbilder Impulse setzen und Veränderungen anstoßen, die über lange Zeitstrecken wirken. So werden sie Teil einer sich ständig wandelnden Planungskultur. Gute strategische Förderung misst Stadtentwicklungsprojekte also an ihrer Wirkung (Outcome) und nicht an ihren Effekten (Output). Entscheidend für gelingende Förderung sind Vertrauen und eine kontinuierliche fachliche Begleitung durch Menschen.

Persönliche und institutionelle Identifikation mit dem Projekt

Lars-Christian Uhlig: Die Rolle der beteiligten Akteure ist entscheidend – sowohl auf Seiten der Fördergeber als auch der Zuwendungsempfänger. Die Nationalen Projekte des Städtebaus entstehen aus dem eigenen Anspruch der Zuwendungsempfänger; die Förderung unter-



Frauke Burgdorff. Foto: Stefanie Loos

stützt ambitionierte Vorhaben, statt sie vorzugeben. Maßgeblich sind also das Interesse und Engagement vor Ort – ein extern auferlegtes Konzept kann nicht nachhaltig funktionieren. Es bedarf der Identifikation mit dem Projekt. Beispiel Großfestung Koblenz → S. 17: Als ein engagierter neuer Mitarbeiter das Projekt persönlich mit Leidenschaft übernommen und vorangetrieben hat, konnte es richtig Fahrt aufnehmen. Solche individuellen Treiberpersönlichkeiten sind essenziell, brauchen aber auch institutionelle Rückendeckung.

Susanne Wartzeck: Allerdings hat nicht jede Kommune das Know-how oder die Kapazitäten, um komplexe Projekte eigenständig umzusetzen. Besonders kleine Kommunen sind oft unterbesetzt. Fördergeber müssen hier gezielte Unterstützung bieten, etwa durch Fachberatung oder angepasste Förderstrukturen. Gerade in ländlichen Räumen braucht es andere Formen der Begleitung als in Großstädten. Erfolgreiche Stadtentwicklung kann hier nicht nur von Einzelpersonen abhängen, sondern braucht ein kontinuierliches und vor allem gemeinschaftliches Engagement.

Frauke Burgdorff: Genau. Ein Projekt muss in der Kommune und ihren Strukturen verankert sein, damit es langfristig Bestand hat. Denn sobald Schlüsselpersonen die Stadtverwaltung verlassen oder sich politische Konstellationen ändern, kann sich die gesamte Dynamik eines Vorhabens verändern. Besonders in öffentlichen Räumen, die zahlreiche Ansprüche und Anforderungen vereinen müssen, braucht es ein breit geschultertes Engagement von Personen, die das Projekt tragen und weiterentwickeln.



Lars-Christian Uhlig. Foto: Thomas Müller, BMWSB



Susanne Wartzeck. Foto: Reinaldo Coddou, BMWSB

Susanne Wartzeck: Da setzt die Förderung an. Sie gibt Rückenwind, indem sie die Finanzierung sichert und Aufmerksamkeit erzeugt. Durch dieses „Schlaglicht“ entwickelt sich oft ein kommunaler Stolz, der motiviert und Anreize für Qualität setzt. Besonders für schwierige Projekte ist diese Unterstützung zentral, da sie Struktur und Orientierung bietet und Menschen motiviert, sich langfristig für die Umsetzung einzusetzen. Das Bogensee-Areal in Wandlitz, bei dem es um die Umnutzung von „unbequemem“ baulichen Erbe geht, verdeutlicht, wie wichtig externe Anerkennung ist, um Projekte überhaupt handlungsfähig zu machen.

Lars-Christian Uhlig: Neben Geld und Aufmerksamkeit schafft die Förderung Vertrauen und ermutigt die Beteiligten. Wenn die Förderung nicht als Überforderung, sondern als Chance begriffen wird, entstehen erfolgreiche Projekte – egal

ob in Aachen oder in einer kleinen Kommune. Manchmal reicht ein Förderbescheid, manchmal braucht es intensive Begleitung bis hin zum Coaching. Beispielsweise unterstützen wir bei der Abtei St. Hildegard in Rüdesheim die Klostergemeinschaft darin, langfristige Zukunftsaussichten und bauliche Optionen zu entwickeln.

Marie Neumüllers: Langfristige Qualität zeigt sich oft erst nach Jahren – nicht während oder unmittelbar nach der Förderung. Es wäre ausgesprochen spannend, etwa 2034 – zwanzig Jahre nach der ersten Förderrunde – in die Kommunen zu gehen und zu schauen: Wie haben sich die Projekte entwickelt? Wie haben sie sich in den Alltag der Städte integriert?

Lars-Christian Uhlig: Die Projekte in Bad Karlshafen → S. 38 und 39 zeigen, dass es bei Förderungen nicht nur um einzelne bauliche Maßnahmen geht, sondern um Chancen für die Stadt. Die Wiederanbindung des historischen Hafens an die Weser war umstritten, und ein Bürgerentscheid in der finanziell klammen Kleinstadt fiel nur knapp dafür aus. Inzwischen zeigen sich positive Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und die Bekämpfung des Leerstands. Fördergeber müssen Kommunen Vertrauen entgegenbringen und sie ermutigen, ihr Potenzial zu erkennen und zu nutzen – auch wenn Projekte manchmal Umwege gehen. Gleichzeitig braucht es Selbstbewusstsein auf kommunaler Seite, Verantwortung zu übernehmen und die eigene Entwicklung aktiv zu gestalten. Erfolgreiche Projekte basieren auf beidseitigem Vertrauen: Fördergeber begleiten und unterstützen, Kommunen treiben die Umsetzung engagiert voran.

Rüdesheim am Rhein – Benediktinerinnenabtei St. Hildegard.
Foto: Abtei St. Hildegard





Bad Karlshafen – Wiederanbindung des historischen Hafens an die Weser. Foto: Lars-Christian Uhlig, BBSR

Johannes Roderer: Von den Akteuren würde ich jetzt gerne einmal den Blick auf die verschiedenen Instrumente und Strategien im Bundesprogramm lenken. Welche Erfahrungen haben Sie diesbezüglich gemacht – gerade bei der Umsetzung von Projekten mit hochkomplexen Rahmenbedingungen?

Lars-Christian Uhlig: Angesichts herausfordernder Ausgangslagen in den nationalen Städtebauprojekten ist eine integrierte Planung entscheidend für den Erfolg – sie bindet verschiedene Interessen und Potenziale ein, ohne Überkomplexität zu erzeugen. Beim Büchel in Aachen zeigt sich, dass ein integriertes Vorgehen helfen kann, Herausforderungen zu bewältigen.

Frauke Burgdorff: Das Bemühen um die Integration aller Aspekte hat aber auch Grenzen. Überkomplexität kann Projekte blockieren. Besonders in kommunalen Strukturen führt die Vielzahl an Rechtsvorgaben und Zuständigkeiten schnell zu Verzögerungen. Am Büchel in Aachen

kollidierten etwa Planungsrecht, Ordnungsrecht und Prostituiertenschutzgesetz – mit der Folge, dass der Bebauungsplan im ersten Anlauf scheiterte.

In der Regel wird kein Projekt exakt wie beantragt umgesetzt. Deswegen brauchen diese anspruchsvollen Vorhaben Spielräume zur Anpassung, um erfolgreich zu sein. Die Stärke der Nationalen Projekte des Städtebaus liegt daher in der Flexibilität. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Mittel, sondern um die Fähigkeit des Fördergebers, gezielt nachzusteuern.

Lars-Christian Uhlig: Das ist unser Anliegen. Diese Flexibilität in der Förderung setzt auch fachliche Kompetenz auf Seiten des Fördergebers voraus. Während Verwaltungen zumeist Förderrichtlinien umsetzen, bieten Fachbehörden wie das BBSR die Möglichkeit, vorausschauend zu steuern, Avantgarde-Projekte zu identifizieren und zur Nachahmung anzuregen. Nicht jedes Förderprogramm muss

eine solche Offenheit bieten – aber die von uns betreuten Projekte sind in der Regel so komplex, dass sie von einer dynamischen Steuerung, die sich nicht an starren Richtlinien orientiert, profitieren.

Susanne Wartzeck: Es können nicht alle Probleme vorhergesehen und alle Themen berücksichtigt werden. Neben der Flexibilität des Investitionsprogramms sind Offenheit und Geduld daher im gesamten Planungsprozess erforderlich, denn Projekte entwickeln sich nicht linear.

Vertrauen ins Ergebnis

Frauke Burgdorff: Ja, richtig. Offenheit und Vertrauen in den Prozess und die Ergebnisse sind essenziell. Beispielsweise ist Beteiligung nur dann wertvoll, wenn sie wirklich etwas bewirkt und die Ergebnisse zu Entscheidungen beitragen. Dabei darf es nicht darum gehen, möglichst viele Menschen einzuladen, sondern sicherzustellen, dass ihre Zeit gut investiert ist.

Susanne Wartzeck: So sehe ich das auch. Beteiligung funktioniert nur, wenn die Teilnehmenden das Gefühl haben, wirklich etwas beigetragen zu haben. Sonst bleibt sie folgenlos. Außerdem: Wer beteiligt wurde, entwickelt eine größere Verantwortung für das Projekt und setzt sich langfristig dafür ein.

Lars-Christian Uhlig: Entscheidend ist immer das richtige Maß. Es gibt Projekte, bei denen meiner Meinung nach Beteiligung sehr intensiv betrieben wurde. Mit dem Anspruch, durch Quantität alles richtig zu machen, wurde der Prozess fast überfrachtet, ohne dass die Ergebnisse den Aufwand rechtfertigen. Von daher setzt die angemessene Nutzung von Instrumenten auf Seiten der Planenden sowohl ein tiefes Verständnis von Beteiligung als Kultur als auch ein fundiertes Wissen über die Gegebenheiten vor Ort voraus.

Aachen – Drittes Zwischen-Fest 2024 am Büchel. Foto: SEGA/Andreas Steindl





Planungswettbewerbe sind ein wesentliches Instrument zur Qualitätssicherung. Rund ein Drittel der geförderten Projekte nutzt im Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus Wettbewerbsverfahren, weitere bauen auf bereits zuvor durchgeführte Wettbewerbe auf. Besonders bei der Gestaltung städtischer Räume spielen sie eine Schlüsselrolle: Als öffentliche, vielseitig genutzte Orte erfordern sie eine sorgfältige Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Ansprüchen. Rund ein Viertel der Projekte im Arbeitsfeld *Städtische Räume entwickeln* nutzt Wettbewerbsverfahren, darunter Vorhaben in Aachen, Bamberg, Cuxhaven, Heidelberg, Bad Karlshafen, Koblenz

und Wangen. Wettbewerbe garantieren nicht per se die beste Lösung, bieten jedoch durch ihren hohen Kommunikationsgrad einen besonderen Mehrwert. Sie stärken den gesamten Planungsprozess – von der Erarbeitung der Aufgabenstellung bis zur Vermittlung der Ergebnisse in der Öffentlichkeit. Die Qualität der Ergebnisse wird nicht nur durch die Entwürfe bestimmt, sondern auch durch die Rahmenbedingungen des Wettbewerbs. Dazu gehören die qualitative Besetzung der Jury, die gemeinsame Entscheidungsfindung zwischen Jury und Fachexperten, die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie transparente, glaubwürdige Verfahren.

Wettbewerb als Zwischenschritt

Lars-Christian Uhlig: Ein weiteres wichtiges Instrument sind Planungswettbewerbe. Auch sie sind kein Selbstzweck. Sie müssen dazu beitragen, den Prozess zu stärken und sind dann sinnvoll, wenn sie Kommunen ermutigen, ambitionierte Lösungen zu verfolgen. Dabei ist zu berücksichtigen: Ein Wettbewerb ist immer nur ein Zwischenschritt in einem offenen Prozess, eine Konsultation und kein abschließendes Ergebnis.

Susanne Wartzeck: Aus meiner Erfahrung als Jurorin sehe ich das ähnlich: Ein gutes Preisgericht ist dann gelungen, wenn alle Beteiligten am Ende schlauer sind als vorher. Ein Wettbewerb sollte Orientierung geben, fachliche Diskussionen fördern und für Rückendeckung in politischen Prozessen sorgen.

Frauke Burgdorff: Aber: Auch Wettbewerbe sind nicht immer das eine richtige Instrument. Am Büchel in Aachen liefen mehrere Wettbewerbe ins Leere. Die Ergebnisse waren nicht realisierbar, weil die Rahmenbedingungen zu

komplex waren. Erst als der Prozess durch ein kooperatives Verfahren geöffnet wurde und die öffentliche Hand selbst Verantwortung übernommen hat, war eine realisierbare Lösung möglich.

Meinem Verständnis nach sind verschiedene Instrumente und Methoden als klärendes Moment zu nutzen, um diffuse Prozesse zu strukturieren und neue Perspektiven zu eröffnen. Planung muss dabei offen bleiben für Veränderungen und neue Erkenntnisse – nur so entstehen tragfähige Lösungen.

Veränderungsfähigkeit als Potenzial

Lars-Christian Uhlig: Die Planungsprozesse bei den Nationalen Projekten des Städtebaus folgen keinem linearen Ablauf, sondern entwickeln sich meistens dynamisch. Ein gutes Projekt erkennt man daran, dass es mit der Zeit wächst und sich verändert. Entscheidend ist, das richtige Format oder Instrument zur richtigen Zeit zu wählen – ob Wettbewerb, Beteiligungsverfahren oder etwas anderes.



Aachen – Visualisierung Sichtachse zum Aachener Dom.
Foto: SEGA/GM013



Lars-Christian Uhlig leitet im BBSR das Referat, dem die fachlich-wissenschaftliche und administrative Betreuung des Investitionsprogramms Nationale Projekte des Städtebaus obliegt. | **Susanne Wartzek** ist Architektin, frühere Präsidentin des Bundes Deutscher Architektinnen und Architekten (BDA) und langjähriges Mitglied der Expertenjury für die Nationalen Projekte des Städtebaus. | **Frauke Burgdorff** ist Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Mobilität der Stadt Aachen und Vizepräsidentin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL). Sie hat das Förderprojekt *Kooperative Entwicklung Altstadtquartier Büchel* → S. 29–31 mit auf den Weg gebracht. | **Marie Neumüllers** unterstützt als Projektleitung bei Urbanizers das BBSR bei der fachlichen Begleitung des Bundesprogramms. | **Johannes Roderer** hat die Entstehung dieser Publikation begleitet.

Frauke Burgdorff: Ja, Standardlösungen aus Handbüchern helfen oft nicht weiter. Wir haben zwar einen über die Jahre entwickelten Werkzeugkasten an Methoden. Es kommt aber auf die Wahl des passenden Verfahrens zum richtigen Zeitpunkt an. Dieses Fingerspitzengefühl, diese Sprache der Prozessgestaltung müssen viele noch lernen.

Susanne Wartzek: Tatsächlich wird oft nicht verstanden, dass Planung ein agiler Prozess ist, der sich durch Wechselwirkungen und Anpassungen entwickelt. In vielen Bereichen werden feste Abläufe und Vorhersehbarkeit erwartet. Das eigentliche Potenzial liegt jedoch in einer dynamischen, iterativen Entwicklung.

Frauke Burgdorff: Jedes Projekt ist einzigartig. Eine direkte Übertragbarkeit ist nicht möglich, weil Orte, Problemlagen und Akteurskonstellationen variieren. Entscheidend ist daher eine Haltung, vielmehr eine Kultur in der Gestaltung von Prozessen und dem Umgang mit Akteuren. Die größte Herausforderung ist, dieses Denken zu vermitteln – offene Prozesse sind kein Zeichen von Kontrollverlust, sondern ermöglichen passgenaue Lösungen.

Lars-Christian Uhlig: Deswegen sind wir keine klassischen Planerinnen und Planer, sondern Prozessgestaltende. Planung beginnt mit dem Verstehen des Ortes und der Menschen – nicht mit einem fertigen Konzept. Ein starres Ablaufdiagramm bringt uns nicht weiter, sondern die Fähigkeit, sich in den Prozess einzufinden und darauf aufzubauen. Wir können nicht einfach eine erfolgreiche Planung als Modell übertragen, aber wir können durch Erfahrungsaustausch Lernprozesse zwischen Projekten ermöglichen. Das Programm schafft diesen Rahmen, in dem Projekte voneinander lernen, sich entwickeln und anpassen können.

Identität erlebbar machen



Freiräume als Anfangspunkt

Städtische Räume sind Träger lokaler Identität. Sie verbinden Vergangenheit und Zukunft, indem sie baukulturelles Erbe aktivieren, historische Spuren neu interpretieren und Orte der Zugehörigkeit schaffen. Guter Städtebau im Sinne des Bundesprogramms Nationale Projekte des Städtebaus bringt die lokale Identität zum Ausdruck, indem er die spezifischen und wiedererkennbaren Merkmale eines Ortes aufgreift und neu verknüpft. Identität entsteht im Zusammenspiel physischer, sozialer, kultureller und historischer Faktoren und prägt, wie Menschen einen Ort wahrnehmen und nutzen.

Wenn historische Bauwerke und Denkmäler wieder stärker wahrgenommen und genutzt werden sollen, beginnt die Entwicklung oft nicht am Gebäude selbst, sondern im Freiraum. Städtische Räume können dabei eine strategische Rolle übernehmen: Sie schaffen Zugänge zu abgeschotteten Orten, lenken den Blick auf bedeutende Architektur und machen Geschichte erlebbar. Eine auf die Stärkung der Identität gerichtete, qualitativ hochwertige Gestaltung des Freiraums fördert die Wahrnehmbarkeit von Gebäuden und Ensembles und kann das Interesse an weiterführenden Investitionen wecken.

Welterbe neu zugänglich machen

Besonders bei UNESCO-Welterbe und Baudenkmalern stellt sich dabei eine komplexe Aufgabe: Wie lassen sich denkmalpflegerische Auflagen, zeitgemäße Nutzungswünsche und öffentliche Wahrnehmung miteinander vereinbaren? Das Beispiel der Großfestung Koblenz zeigt, wie das gehen kann. Als preußische Festungsanlage aus dem 19. Jahrhundert stand sie, obwohl zugehörig zum UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal, im Schatten anderer Attraktionen der rheinland-pfälzischen Kulturlandschaft wie z. B. der Loreley oder anderer romantischer Motive entlang der

Flusslandschaft. Jahrzehntelanger Verfall war die Folge. Um das 14 Kilometer lange System seinem Welterbe-Status gemäß aufzuwerten und zugleich ins städtische Gefüge zurückzuholen, entschieden sich die Akteure für die Gestaltung ausgewählter Freiräume auf Basis eines Wettbewerbsergebnisses, das den gesamten städtischen Raum in den Blick nahm.

Der Festungspark Asterstein, als erster Teilbaustein 2019 eröffnet, zeigt die schiere Größe der Aufgabe: 18.000 Quadratmeter Wiesenflächen, 1.000 Meter neue Wege und 30 neue Bäume waren nötig, um eine Erholungsfläche mit Aussichtspunkten zu gestalten. Sie informiert über die historische Anlage und macht sie erlebbar, verweist auf verschwundene Gebäude, ist weitgehend barrierefrei zugänglich und bietet auch Raum für Veranstaltungen. Mit ähnlich hoher Qualität wird aktuell am Festungspark gearbeitet.

Großfestung Koblenz. Foto: foto-schepers.de





Wittenberge – Blick Richtung Stellwerk am Bahnhof.
Foto: Stadtverwaltung Wittenberge, Bauamt 2025

Von der Brache zur Promenade

Viele Kleinstädte kennen die Herausforderung: Der Bahnhof liegt irgendwo außerhalb, der Raum zwischen dem „Tor zur Stadt“ und dem Zentrum präsentiert sich als ungeordnete Restfläche mit Busbahnhof, Wendehammer und Stellplätzen. Mit genau dieser Situation sah sich die brandenburgische Stadt Wittenberge konfrontiert. Nach langen Jahren des massiven Bevölkerungsrückgangs verzeichnet die Stadt mittlerweile eine Stabilisierung der Einwohnerzahl, nicht zuletzt dank der guten Anbindung ans Schienennetz. Es lag also nahe, die Anbindung des Bahnhofs an die Innenstadt zu einem planerischen Schwerpunkt zu machen.

Gefördert durch das Bundesprogramm entstand zunächst ein nachhaltiges Mobilitätskonzept und darauf aufbauend ein Rahmenplan, der nicht nur die Entwicklung eines Quartiers mit urbanem Charakter auf der Brachfläche, sondern eine vollständige Neuordnung des Freiraums beinhaltet. Der historische Vorplatz des Bahnhofsgebäudes

wurde in Szene gesetzt, die Neupflanzung von Bäumen sorgt künftig für schattige Aufenthaltsorte. Wegeverbindungen für den Fuß- und Radverkehr wurden verbessert, aber auch das Park-and-Ride-Angebot aufgewertet. Alle Maßnahmen richten sich an die ca. 2.500 Pendlerinnen und Pendler, die den Bahnhof täglich nutzen. Zugleich stärken sie den Bahnhof als Eingangstor ins UNESCO-Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe-Brandenburg und fördern damit die touristische Identität der Stadt. Das neoklassizistische Bahnhofsgebäude wird durch die neue Umfeldgestaltung angemessen inszeniert. Es entstammt der gleichen Epoche wie die Koblenzer Großfestung. Basierend auf einem Mischnutzungskonzept mit Mobilitätszentrum, kulturellen Einrichtungen und zahlreichen öffentlichen Angeboten, aber auch einer Teilvermietung, wird es aktuell saniert.

Aus dem Bundesprogramm fließt eine Förderung in die denkmalgerechte Wiederherstellung eines besonderen Schmuckstücks des Gebäudes, den prunkvollen Wartesaal, der für viele Menschen in der Stadt identitätsstiftender Ort ist und spätestens zur Landesgartenschau 2027 wieder Begegnung ermöglichen soll.



Weitere Aspekte zum Thema „Baukulturelles Erbe in Wert setzen“ in der gleichnamigen Broschüre.



Mehr über die Projekte in Koblenz, Schwerin und Wittenberge.



Schwerin – Kraftfahrzeuginstandsetzungswerk (KIW) Vorwärts, Außenperspektive. Foto: Max Dudler GmbH

Industrielles Erbe in Szene setzen

Kunst und Kultur gehören zu den identitätsstiftenden Merkmalen der Landeshauptstadt Schwerin. Dass die Stadt eine 100-jährige Industriegeschichte aufzuweisen hat, ist demgegenüber lange in den Hintergrund getreten. Das ehemalige Werksgelände des volkseigenen Kraftfahrzeuginstandsetzungswerks (KIW) Vorwärts in Schwerin ist eine der letzten großen Industriebrachen der Stadt. Das zwischen 1960 und 1962 errichtete Areal setzt sich aus großer Instandsetzungshalle, Sozialtrakt, Heizhaus und vielen weiteren Nebengebäuden zusammen. Eines Tages soll hier ein neues Stadtquartier entstehen. Um diese Entwicklung einzuleiten, wird aktuell mithilfe des Bundesprogramms ein neues Schaumagazin für zeitgenössische Kunst umgesetzt, das hier eines Tages Entreefunktion haben soll. „Teilhabe durch Besuch, Erleben und Gebrauch“ ist eine der Maximen des Projekts. Es galt, einen städtischen Raum zu entwickeln, der eine Verbindung des Industrieareals zur Innenstadt und zum Ziegeleisee schafft. Das Schaumagazin sollte inszeniert werden als Katalysator für Erneuerung und zugleich als Teil des baukulturellen Erbes.

Für die anspruchsvolle Aufgabe war ein mit Mitteln des Bundesprogramms geförderter Ideenwettbewerb verbunden mit einem Realisierungswettbewerb zur Gestaltung der Freiräume die angemessene Vorgehensweise. Der Siegerentwurf

von Max Dudler lenkt den Blick auf zentrale Elemente des Industrieensembles, macht die neu entstehenden Elemente klar kenntlich und enthält sowohl Angebote zum Verweilen als auch offene Räume für künstlerische Aktivitäten. Das markante Eingangsensemble funktioniert als eigenständiger städtischer Raum, hält aber künftige Entwicklungsoptionen offen.

Schwerin – Kraftfahrzeuginstandsetzungswerk.
Foto: Lars-Christian Uhlig





Bamberg – Platz der Menschenrechte. Foto: Sonja Seufferth, Stadt Bamberg

Neue Adressbildungen

Frühere Kasernenareale waren einst abgeschottet und monofunktional, heben sich gestalterisch von der Umgebung ab und prägen sie zugleich allein durch ihre schiere Größe. Ihre Konversion ist daher nicht nur eine bauliche, sondern auch eine gesellschaftliche Aufgabe, die sich zwischen Erinnerungskultur, zeitgenössischer Identitätsbildung und lebendiger Nutzung bewegt. Bespielung und Gestaltung von Impulsräumen sind häufig Startpunkte einer langfristigen Entwicklung.

Vom Standort hinter Mauern zur lebendigen Kulturmitte im Quartier

Das Kulturquartier Lagarde ist ein zentraler Baustein der Entwicklung des 22,5 Hektar großen Lagarde-Campus in Bamberg. Wo früher militärische Strukturen das Stadtbild dominierten, entsteht eine lebendige Quartiersmitte, die Kul-

tur, Kreativwirtschaft und gemeinschaftliche Nutzungen vereint. Ateliers, Werkstätten, Co-Working-Spaces, Gruppenräume und ein Veranstaltungszentrum bieten Raum für künstlerische Produktion und Begegnungsmöglichkeiten. Ein Meilenstein war der städtebaulich-freiraumplanerische Wettbewerb 2018, der sich auf zwei Quartiersplätze konzentrierte. Der Platz der Menschenrechte, umrahmt von der denkmalgeschützten Reithalle und Posthalle, dient als zentrale Veranstaltungsfläche mit Aufenthaltsbereichen. Der angrenzende Kulturgarten ergänzt das Quartier mit Picknickplätzen, Sportangeboten und grünen Ruhezonen. Diese vielfältig nutzbaren städtischen Räume verbinden historische Bezüge mit modernen Anforderungen und stärken die Identität des Quartiers. Damit hat der Bamberger Osten einen dynamischen Begegnungsort erhalten.

Offene Räume statt Kasernenmauern

Die 43,4 Hektar große Konversion der Campbell Barracks und des Marc-Twain-Village in Heidelberg integriert rund 1.500 neue und sanierte Wohnungen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Kultur- und Grünräume, ohne den historischen Bestand zu überformen. Die Denkmalpflege formulierte strenge Anforderungen an die Gestaltung, sodass der Andere Park als verbindende Freiraumsequenz einen Kompromiss aus Spiegelung der historischen Identität und Förderung einer neuen Adressbildung finden musste. Das Konzept wurde im Rahmen der IBA Heidelberg „Wissen | schafft | Stadt“ entwickelt, auch hier setzte ein Gestaltungswettbewerb wesentliche Impulse. Der Entwurf verbindet Vergangenheit und Zukunft: Die Wegführung folgt historischen Achsen, gezielt gesetzte Brüche und Öffnungen schaffen aber neue Bezüge.

Heidelberg – Bürgerpark. Foto: Christian Buck



Heidelberg – umgestaltetes Kasernenareal. Foto: Christian Buck



Mehr über die
Projekte in Bamberg und
Heidelberg.

Ehemalige Funktionsflächen wurden umgedeutet: Der Paradeplatz dient heute als Forum für Zusammenkünfte, der Torhausplatz wird durch eine Medieninstallation zum Erzählenden Platz, und die Grünfläche Common Ground bietet Anwohnenden Raum zur eigenen Gestaltung. Materialien aus den abgerissenen Kasernenbauten wurden wiederverwendet, um die Geschichte erlebbar zu machen und den Anspruch des neuen Stadtquartiers als Pionier der Kreislaufwirtschaft zu zeigen. Das Ergebnis polarisiert, denn es gibt auch Menschen, die sich mehr Klimaanpassung und weniger Rücksicht auf die Geschichte des Ortes gewünscht hätten. Aber gerade die Debatte um den neu entstandenen städtischen Raum trägt zu seiner Aneignung bei.

Neue Mitten als Impulse für die Transformation kleiner Städte

Städtische Räume sind mehr als Infrastruktur – sie bieten Raum für gesellschaftliche Selbstverständigung und bieten dieser zugleich Ausdrucksmöglichkeiten. Gerade in Kleinstädten zeigt sich besonders deutlich, welche Impulswirkung gezielte städtebauliche Eingriffe entfalten können: Wenn brachliegende Areale reaktiviert, neue Nutzungsmischungen erprobt und städtische Räume als Orte des sozialen Zusammenhalts neu gedacht werden, entstehen neue Ankerorte. Das folgende Gespräch macht deutlich, unter welchen Bedingungen der Weg zur neuen Mitte gelingt.

Robert Hummel: Ihren Projekten ist das Ziel gemeinsam, lebendige Freiräume zu entwickeln und dadurch eine neue gesellschaftliche Mitte in einer kleinen Kommune zu schaffen. Was ist in Ihrem Fall mit dem Begriff „Neue Mitte“ gemeint?

Melanie Jörg: Der Begriff „Neue Mitte“ bildete in unseren mittlerweile drei Nationalen Projekten des Städtebaus sowohl den Ausgangspunkt

als auch das Zielbild für die Entwicklung und Wiedernutzung der ehemaligen Industrieanlage Baumwollspinnerei ERBA. Das am Stadtrand gelegene und als Kulturdenkmal gelistete Areal stand seit dem Konkurs der Firma 1992 bis 2009 leer. Mit dem Ankauf durch die Stadt 2010 begann die Planung und gleichzeitig die Herausforderung, ein über 20 Jahre brachliegendes Gelände mit verfallenen Gebäuden und einem stigmatisierten Umfeld zu revitalisieren. Ziel all unserer Aktivitäten auf dem Gelände, das sozusagen eine Stadt in der Stadt gewesen war, ist es, das Areal wieder zum Leben zu erwecken und einen neuen Ort des öffentlichen Lebens mit vielfältigen Nutzungen zu schaffen.

André Stefan: Ein zentraler Ort für das öffentliche Leben – das meint der Begriff „Neue Mitte“ auch in unserem Fall. Und auch wir entwickeln eine ehemalige Baumwollspinnerei. Der Unterschied zu Wangen im Allgäu ist jedoch, dass die denkmalgeschützte Industriebrache nicht als Exklave am Stadtrand, sondern mitten im Stadtgebiet liegt. Und genau hier gibt es bei uns einen besonderen Bedarf für eine neue Mitte. Denn auch wenn es Planungen dafür gab, hat sich in der Stadt Flöha, die aus dem Zusammenwachsen von Dörfern entstand, nie wirklich ein Stadtzentrum entwickelt. Diese Funktion hatte tatsächlich die Industrieanlage der Baumwollspinnerei übernommen. Es geht also in unserem Projekt darum, einen Impulsort in der Mitte zu schaffen, den es seit dem Niedergang der Industrie schlicht nicht mehr gab.

Matthias Weber: Hier kann ich sehr gut anschließen, denn auch in Weinstadt gab es vor unserem Projekt kein Stadtzentrum. Auch unsere Stadt ist aus mehreren Dörfern zusammengewachsen. Das geschah durch die Eingemeindung in



Melanie Jörg ist Leiterin des Fachbereichs Stadtplanung im Amt für Architektur, Gebäudemanagement und Tiefbau der Stadt Wangen im Allgäu. | **André Stefan** ist Bauamtsleiter der Stadt Flöha. | **Matthias Weber** ist zuständig für Stadtentwicklung/Städtebau im Stadtplanungsamt der Stadt Weinstadt. | **Robert Hummel**, Urbanizers eG, unterstützt das BBSR bei der fachlichen Begleitung des Bundesprogramms.



Flöha – Alte Baumwollspinnerei. Foto: Plan und Praxis

den 1970er-Jahren. Der Bürgerpark Grüne Mitte bildet heute nicht nur eine geografische Mitte für die fünf Ortsteile, sondern ist ein wichtiger Begegnungsort und ideeller Bezugspunkt für die Bevölkerung geworden. Anders als in Wangen im Allgäu und Flöha handelt es sich bei uns jedoch nicht um das Areal einer leerstehenden Industrie-

brache, sondern um ehemalige Agrarflächen, die teilweise in öffentlichem, teilweise in privatem Besitz waren. Die übergeordnete Idee unseres Projekts war es, über die Freiraumplanung einen gemeinsamen, neutralen Ort zwischen den Ortsteilen zu schaffen und den sozialen Austausch auf multikodierten Flächen zu ermöglichen.



Weinstadt – Lesung Zeiteinspiegel im Bürgerpark Grüne Mitte. Foto: Stadt Weinstadt

Robert Hummel: In Weinstadt ist es sehr offensichtlich: Freiräume können gezielt dazu genutzt werden, neue und lebendige Orte für die Stadtgesellschaft zu schaffen. Welche Rolle spielten bzw. spielen die Freiräume in Ihren Projekten, Frau Jörg und Herr Stefan?

Melanie Jörg: In der Tat eine sehr wichtige. Anders als üblich begannen wir nicht mit der Sanierung der Gebäude, sondern setzten an der Freiraumentwicklung an. So schufen wir zuerst einen zentralen Platz mit hoher Aufenthaltsqualität, den sogenannten Platz am ERBA-

Kamin. Die Entwicklung dieses Platzes setzte vielfältige Impulse für private Investitionen und war ein Schlüssel für die Wiederbelebung des Areals. Natürlich ist die Wirkung der Freiraumentwicklung im Zusammenspiel mit den vielfältigen baulichen Maßnahmen – etwa dem Wohnungsbau und oder dem Schaffen von Platz für Gewerbe – auf dem Areal zu sehen. Hochwertige Freiräume sind jedoch ein ganz entscheidendes Instrument für die Belegung von Industriebrachen und für die Adressbildung. Die Landesgartenschau, die letztes Jahr in Wangen im Allgäu stattfand und die sozusagen die Zielmarke für unsere vielfältigen Aktivitäten auf dem Areal bot, machte dies noch einmal sehr deutlich.

André Stefan: Die Freiräume spielen auch bei uns eine zentrale Rolle, auch wenn wir nicht mit ihnen begonnen haben. Wir haben das Areal bereits 2002 übernommen, als der damalige Investor Konkurs anmeldete. Für eine Stadt mit 10.600 Einwohnerinnen und Einwohnern war das ein großes Projekt und Risiko. Mittlerweile haben wir die Gebäude saniert und neue Nutzungen angesiedelt.

Die Förderung als Nationales Projekt des Städtebaus ermöglicht uns daran anknüpfend eine besonders hochwertige Entwicklung des Platzes auf dem Areal zur Unterstützung dieser Nutzungen. Für die Gestaltung haben wir einen Ideenwettbewerb durchgeführt. Die Planung sieht einen Bereich für Marktstände und Konzerte sowie eine ruhigere Zone vor, verbunden durch den nachgebildeten historischen Mühlgraben – einst Antriebsquelle der Spinnerei und nun zentrales Element der Außenanlagen. Ein Baumhain mit Sitzgelegenheiten und entsiegeltem Boden schafft eine grüne Insel und wird ergänzt um weitere Grünflächen, Beete und Ruhemöglichkeiten entlang der Wohngebäude. Insgesamt entsteht so ein guter Mix aus klassischem Marktplatz und parkähnlicher Gestaltung.

Robert Hummel: Wettbewerbe wie in Flöha im Vorfeld oder während der Förderung sind eines der vielfältigen Instrumente, die in den Nationalen Projekten des Städtebaus auch bei der Entwicklung von Freiraumstrukturen zu besonders hoher Qualität führen. Welche Instrumente haben bei Ihnen, Herr Weber und Frau Jörg, zur Qualität beigetragen?

Matthias Weber: Auch das Nationale Projekt des Städtebaus in Weinstadt baute auf den Ergebnissen eines Wettbewerbs auf. Innerhalb der Förderung war die besondere Beteiligung sehr essenziell für den Erfolg. Wir hatten die Chance, mit einem sehr umfassenden Prozess und maßgeschneiderten Formaten alle betroffenen und interessierten Gruppen einzubeziehen, darunter Vereine, den Stadt seniorenrat, die Jugend, Winzerinnen und Winzer, die Bauern.

Die Förderung hat es uns ermöglicht, vielfältige Perspektiven und Ansprüche zu berücksichtigen und ein positives Bewusstsein in der Bevölkerung zu fördern. Entstanden ist daraus ein neues grünes Zentrum, das heute exemplarisch für eine Freiflächenentwicklung im ländlichen Raum steht, die auf Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement setzt. Die Teilflächen des Parks werden von einer zivilgesellschaftlich unterstützten Trägerschaft organisiert und koordiniert.

Melanie Jörg: Auch bei uns war, neben dem landschaftsarchitektonischen und städtebaulichen Wettbewerb, das Thema „Beteiligung“, gefördert durch das Bundesprogramm, besonders wichtig. Wir setzten auf niederschwellige Formate mit viel persönlichem Einsatz wie Bürgerspaziergänge und Stadtteilstefte. Hinzu kam die Jugendbeteiligung, die wir in dieser Form wohl sonst nicht umgesetzt hätten. Durch die Nationalen Projekte des Städtebaus durften wir neue Wege kennenlernen – und rückblickend waren es immer die richtigen.

Robert Hummel: Damit sind wir bei den besonderen Mehrwerten, die das Bundesprogramm erzielt.

André Stefan: Und davon gibt es viele. Die Auszeichnung als Nationales Projekt des Städtebaus hebt die Bedeutung unseres Projekts hervor. Industriebaudenkmäler wie die ehemalige Baumwollspinnerei in Flöha sind für die europäische Geschichte sehr bedeutend. Gleichzeitig ist das Areal hier bei uns ein wichtiger Identifikationspunkt. Dass dieser Ort, der als negatives Symbol der Wende so lange und alltäglich sichtbar leer stand, nun nicht nur nationale Aufmerksamkeit erfährt, sondern auch als lebendiger städtischer Raum eine neue Nutzung erhält, die den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt – das, denke ich, ist das Signal, das Flöha gebraucht hat.

Matthias Weber: Ich kann mich dem nur anschließen. Das Projekt in Weinstadt hatte eine besondere Katalysatorfunktion – sowohl gegenüber der Bevölkerung als auch gegenüber dem

Gemeinderat. Das Label Nationale Projekte des Städtebaus hat dazu geführt, dass die Bereitschaft für weitere Investitionen hoch war, die in anderen Projekten so wahrscheinlich nicht möglich gewesen wären. Heute ist der Bürgerpark Grüne Mitte für uns ein ganz bedeutender Standortfaktor. Da wir in den vergangenen Jahren sehr wild gewachsen sind, gibt es nur wenige Freiraumstrukturen, die bewusst und flexibel gestaltet wurden. Wir sind zwar von Landschaftsraum umgeben, doch dieser ist größtenteils Landschaftsschutzgebiet. Eine so hochwertig gestaltete Landschaftsplanung in unserer städtischen Mitte, wie wir sie jetzt haben, ist vor diesem Hintergrund sehr wichtig und stellt für uns einen bedeutenden Vermarktungsvorteil dar.

Robert Hummel: Mit den Nationalen Projekten des Städtebaus sollen auch übertragbare Erkenntnisse für vergleichbare städtebauliche Kontexte in anderen Kommunen gewonnen werden. Welche Empfehlungen möchten Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen andernorts mitgeben?

Matthias Weber: Was sich bei uns gezeigt hat, ist, dass eine übergeordnete Planung sehr wichtig ist. Also dass man sich – auch wenn man eine kleine Kommune ist – ein großes Ziel setzt, auf das dann schrittweise hingearbeitet werden kann. Denn nur dann werden so große und zukunftsweisende Projekte wie der Bürgerpark Grüne Mitte überhaupt möglich.

André Stefan: Absolut, ganz wichtig ist die übergeordnete Planung – was ist mein Ziel, wo will ich hin? Der Weg dorthin kann sich verändern, aber das Ziel muss klar sein. Es geht darum, konsequent und beharrlich zu bleiben, sich dabei aber auch flexibel an Gegebenheiten anzupassen. Bei langen Projekten wie unserem ist darüber hinaus das Dranbleiben wichtig – auch bei Kritik. Wir haben immer auf das Erreichte verwiesen und eine klare Vision des Ziels vermittelt, etwa durch Wettbe-



Wangen im Allgäu in Zahlen: 20 neue Unternehmen, 500 und mehr neue Arbeitsplätze in Hightech-Branchen, in der Medizin, aber auch im Handwerk. Ein Beleg dafür, wie Bürgermeister Michael Lang meint, „dass wir eine junge Stadt sind, in der coole Sachen entstehen“. Das Wachstum auf dem ERBA-Areal konnte erreicht werden, ohne einen Trading-Down-Effekt in der benachbarten historischen Altstadt auszulösen, in der auch mithilfe des Einsatzes von Städtebaufördermitteln bereits seit 1979 immer wieder attraktive städtische Räume gestaltet und Schlüsselgebäude saniert wurden.



Wangen – Alte Baumwollspinnerei, zu Beginn der Umsetzung.
Foto: Morlok 2018

werbe, Studentenprojekte und regelmäßige Informationen auf unserer Homepage. So haben wir kontinuierlichen Willen bewiesen und konnten die Unterstützung der Öffentlichkeit und beteiligten Akteure sichern.

Melanie Jörg: Wir hatten hier in Wangen im Allgäu große Ziele und Visionen, aber wussten – gerade als kleine Kommune mit durchaus begrenzten Ressourcen – nicht, wie wir sie umsetzen sollten. Durch die Förderung haben wir den ersten Schritt geschafft, und dann kamen alle weiteren. Was früher unvorstellbar schien, wurde schließlich gebaut und umgesetzt. Die erste Auszeichnung als Nationales Projekt des



Mehr über die Projekte in Flöha, Wangen im Allgäu und Weinstadt.

Städtebaus hat den ersten Stein ins Rollen gebracht, sie hat uns bundesweit bekannt gemacht und was wir bis heute erreicht haben, das macht uns einfach stolz! Von daher kann ich anderen kleineren Städten nur Mut machen, ebenfalls groß zu denken.

Begegnungen ermöglichen



Beteiligung und Experiment

Städtische Räume haben eine Schlüsselfunktion als Orte der Begegnung. Sie ermöglichen Austausch zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, schaffen Raum für gemeinsame Aktivitäten und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In der weitgehend fertig gebauten Stadt fallen aber immer wieder Räume durch strukturelle Veränderungen aus der Nutzung – Bahntrassen, Viadukte, Parkhäuser werden zu Restflächen ohne soziale Funktion. Ihre Transformation zu multifunktionalen städtischen Räumen bedeutet mehr als bauliche Umgestaltung oder Stadtbildpflege: Die Bedeutung solcher Orte der Begegnung ist konstitutiv für unsere Demokratie.

Das Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus leistet hier einen Beitrag zu einer Gestaltungsaufgabe, bei der es im Sinne der Verfassungsrechtlerin Sophie Schönberger darum geht, die „Anderen“ als Teil des eigenen Lebens sichtbar, erlebbar und aushaltbar zu machen. Die Entwicklung und Aneignung solcher Begegnungsräume erfordert besondere Verfahren: Zwischennutzungen erproben Potenziale, Beteiligungsformate ermöglichen frühzeitige Aneignung, experimentelle Gestaltung bindet die Stadtgesellschaft von Beginn an ein. Finanzielle Zuwendung, fachliche Begleitung und die Aufmerksamkeit, die das Qualitätssiegel des „Premiumpromjekts“ erzeugt, helfen dabei, aus Unorten städtische Räume zu machen.

Auf dem Weg zum multifunktionalen und vernetzten Stadtraum

Ein ehemaliges Gleisbett im Leipziger Osten wird zum Parkbogen Ost, eine nicht betretbare monofunktionale Struktur zu einem acht Kilometer langen Grünzug für Radfahrende, Passanten und Erholungssuchende. Die Vision der gleichnamigen Bürgerinitiative bildet die Grund-

lage für das Projekt, das historische Infrastruktur mit neuen Nutzungen verbindet. Herzstück ist der 1.500 Meter lange Sellerhäuser Bogen mit denkmalgeschützten Brücken wie dem Sellerhäuser Viadukt und dem ehemaligen Bahndamm. Neben Fuß- und Radwegen entstehen Grünflächen und neue Zugänge zu den Quartieren. Das Projekt verbessert die Grünversorgung, stärkt das Stadtklima und schafft eine attraktive Verbindung zur Innenstadt. Durch die behutsame Sanierung des Viadukts sowie angrenzender historischer Bauten entsteht ein identitätsstiftender Stadtraum, der Aneignung und vielfältige Nutzungen ermöglicht.

Leipzig – Sommerprogramm am Parkbogen Ost.
Foto: Birk Poßeker im Auftrag der Stadt Leipzig





Leipzig – Graffiti-Workshop am Viadukt am Parkbogen Ost.
Foto: Birk Poßecker im Auftrag der Stadt Leipzig

Die Entwicklung des Parkbogens zeigt, wie zentral integrierte Planung und Partizipation für hochwertige städtische Räume sind. Das Projekt erfordert eine gute Abstimmung zwischen Verkehrs-, Grün- und Stadtplanung sowie Denkmalpflege, ohne ressortübergreifende Zusammenarbeit wäre es nicht umsetzbar. Schon anlässlich des Masterplans Parkbogen Ost (2017) gab es ein umfassendes Beteiligungsangebot, beim 2019 ausgelobten Planungswettbewerb für das Viadukt stellte die Gruppe der Anwohnenden vier Mitglieder der Jury. Kooperationen mit lokalen Initiativen, Vereinen und Netzwerken zählten neben Wettbewerb und klassischen Beteiligungsformaten zu den Förderbausteinen, um die Aneignung des Parks durch die Stadtgesellschaft zu ermöglichen. Beispiele sind die Anlage von gemeinschaftlich nutzbaren Anbauflächen oder die Verknüpfung mit bestehenden Grünflächen. Auch während der Bauphase wurde der Ort bereits genutzt: Spaziergänge auf dem Viadukt, gemeinsame Aufräumaktionen und temporäre

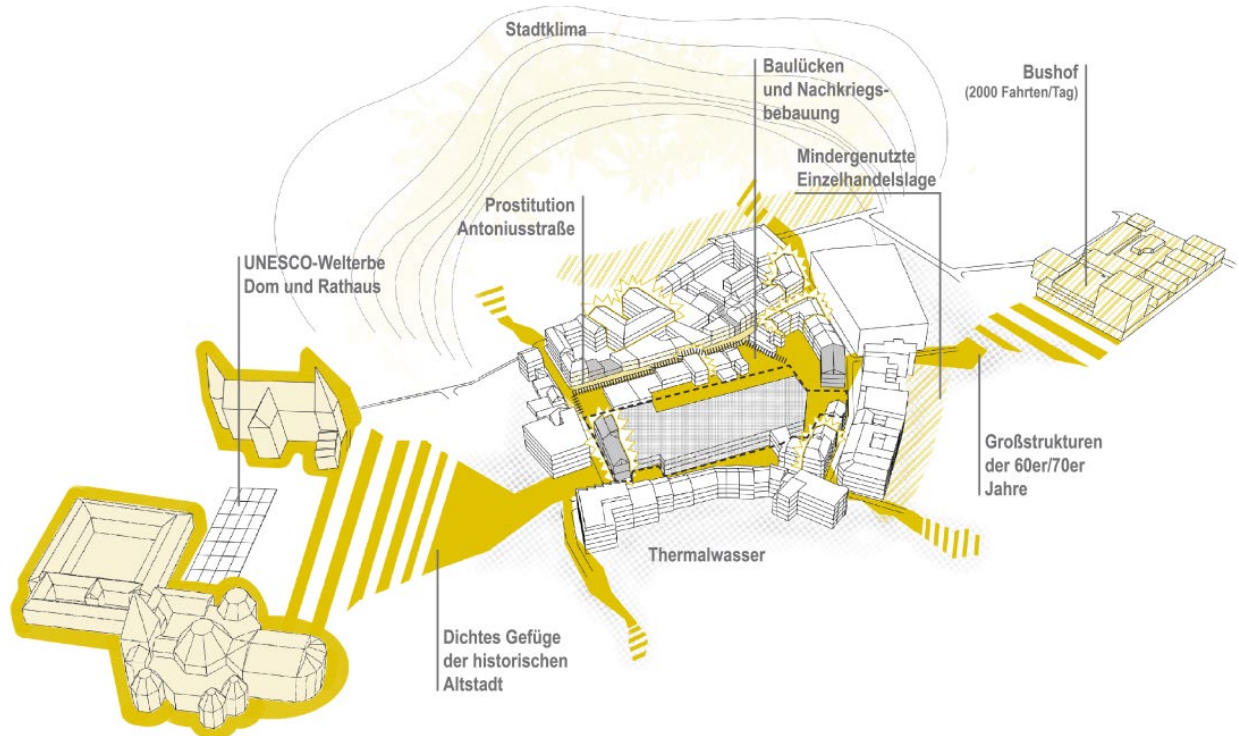
Nutzungen verankerten den entstehenden Park im Quartier. Zudem wurden mögliche Nutzungskonflikte sichtbar, die in der weiteren Planung berücksichtigt wurden.

Die schrittweise Realisierung schafft bereits jetzt neue Qualitäten für die Stadtteile entlang der Strecke. Der Parkbogen Ost fungiert nicht nur als grüne Verbindung, sondern stärkt durch neue Aufenthalts-, Bewegungs- und Begegnungsräume das soziale Gefüge. Im Rahmen der Bauarbeiten am Sellerhäuser Bogen entsteht neben dem neuen Fuß- und Radweg ein innovatives Bewässerungssystem, das die Bepflanzung der ehemaligen Eisenbahnbrücke mit schatten spendenden Bäumen ermöglichte. Weitgehende Barrierefreiheit konnte trotz hoher denkmalpflegerischer Anforderungen erreicht werden.

Neue Modelle zur langfristigen Unterhaltung und Pflege werden gemeinsam mit den Anwohnenden entwickelt. Vernetzung möglichst vieler Akteure und aktive Förderung von Aushandlungsprozessen sind ebenso wichtig wie städtebauliche Gestaltung. Im Leipziger Osten hat man klar erkannt, dass der städtische Raum ein sozialer und kultureller Ankerpunkt für die dicht besiedelten umliegenden Quartiere ist. Selbstbewusst sieht man sich auf Augenhöhe mit internationalen Beispielen wie der High Line in New York oder der Promenade Plantée in Paris.



„Als gutes Beispiel zur Umnutzung innerstädtischer Brachen und Etablierung multicodierter Flächen in dicht bebauten Quartieren ist das Projekt wertvoll für jede Kommune mit ähnlichen Gegebenheiten.“
René Zieprich, Stadt Leipzig, Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung



Stadtmachen am Büchel. Foto: SEGA/Agentur Stadtbox

Vom Parkhaus zur gemeinsamen Gestaltung eines neuen Quartiers

Wo einst Autos dicht an dicht standen, ist heute Platz für Stadtleben. An die Stelle des ehemaligen Parkhauses am Büchel ist ein dynamischer Raum getreten, den sich die Menschen aneignen und aktiv gestalten – eine Transformation, die durch kooperative Prozessgestaltung einen neuen Modus der Stadtentwicklung verkörpert. Das 5.000 Quadratmeter große Parkhaus dominierte das Areal und verhinderte eine lebendige Innenstadtentwicklung – ein ungenutztes Potenzial, in der Pufferzone des UNESCO-Welterbes Aachener Dom gelegen. Leerstand, Verkehrsbelastung und soziale Spannungen prägten das Umfeld. 2019 wurde die Stadt aktiv, kaufte das Grundstück und gründete mit der Städtischen Entwicklungsgesellschaft Aachen eine eigene Firma, um mit Fördermitteln aus dem Bundesprogramm einen kooperativen Entwicklungsprozess einzuleiten.

Aachen – Zwischen-Fest am Büchel. Foto: SEGA/Andreas Steindl



Unter dem Motto „Stadtmachen am Büchel“ startete 2020 ein Sondierungsverfahren für alle, die bauen, investieren oder einfach erst einmal nutzen wollten. Gleichzeitig konnten Ideen und Vorschläge eingebracht werden. Ab 2022 folgte ein Konzeptverfahren für die Grundstücksvergabe in Erbpacht. Parallel begann die Belebung des Quartiers: Das meffi.s, ein soziokulturelles Zentrum in ehemals leerstehenden Läden, verbindet günstige Mieten mit Gemeinwohlleistungen. Kunst- und Kulturprojekte wie Arttonius und das Festival Parking:Art setzten erste Impulse für eine neue Nutzung. Zentraler Ausgangspunkt der Entwicklung ist die sogenannte WIESE – eine durch die Nationalen Projekte des Städtebaus geförderte große, multifunktionale Freifläche. Das Konzept entstand in einem kooperativen Verfahren mit Planungsbüros, Stadtverwaltung sowie Bürgerinnen und Bürgern. Der Abriss des Parkhauses 2021/22 war der sichtbare Start. Statt sofort zu bauen wurde die Fläche temporär als Grünraum und Experimentierfeld freigegeben.

Auf Flächen wie dem Platz für Demokratie konnten sich Initiativen mit Veranstaltungsformaten bewerben, während andere Bereiche für Spiel, Erholung oder Natur reserviert blieben. Die SEGA stellte Infrastruktur bereit und bot organisatorische Unterstützung. Die Stadtgesellschaft nutzte den Freiraum: Kulturelle Veranstaltungen, Workshops und spontane Aneignungen ließen einen lebendigen, wandlungsfähigen

Raum entstehen, u. a. ausgezeichnet mit dem Polis-Award – ein Ort für Experimente und Begegnungen, bevor die endgültige Umgestaltung beginnt.

Die Zwischennutzung ist ein Lernprozess: Erfahrungen aus erprobten Nutzungen – von Spielangeboten bis zum Regenwassermanagement – fließen direkt in die finale Gestaltung ein. Stadtentwicklung passiert hier nicht hinter verschlossenen Türen, sondern im Licht der Öffentlichkeit. Auch das Aachener Beispiel zeigt damit, dass Stadtentwicklung mehr ist als Architektur und Bauwirtschaft – sie ist ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess. Partizipation allein reicht nicht, es braucht Koproduktion. Menschen müssen nicht nur mitreden, sondern auch Verantwortung übernehmen – z. B. durch Konzeptvergaben oder Zwischennutzungen.

Das Bundesprogramm Nationale Projekte des Städtebaus ermöglicht diesen experimentellen Entwicklungsprozess und macht das Areal zum Labor für koproduktive Stadtentwicklung mit Signalwirkung. Die WIESE zeigt, dass Aneignung der Schlüssel zu lebendigen Stadtquartieren ist – hier wächst Stadt aus der Stadtgesellschaft heraus.

Urbanes Band mit Drittem Ort

Das nordrhein-westfälische Marl verfügt über einen außergewöhnlichen Bestand an Bauten der Nachkriegsmoderne, die inmitten weitläufiger Freiräume liegen. Eins dieser Gebäude ist eine leerstehende Schule aus den 1960er-Jahren, seit 2002 ungenutzt und dem Verfall preisgegeben. Hier entsteht mit Marschall 66 ein Begegnungs- und Erlebniszentrum, das einen Ankerpunkt im städtischen Raum schafft. Marschall 66 verkörpert das Konzept des Dritten Ortes – jenen Raum zwischen dem eigenen Zuhause und dem Arbeitsplatz, der für eine lebendige Demokratie unverzichtbar ist.



„Die Erprobung von Nutzungen lief noch erfolgreicher als erwartet – die Menschen nahmen das Angebot an und und lieferten wertvolle Erkenntnisse für die Planung.“
Christoph Vogt, Geschäftsführer Städtische Entwicklungsgesellschaft Aachen



Bilanz des Reallabors Radbahn: Ein Testfeld mit Potenzial

Die Idee einer neun Kilometer langen, überdachten Radstrecke unter dem Viadukt der U1 zwischen Berlin-Charlottenburg und Berlin-Kreuzberg stammt wie die zum Parkbogen Ost von einer zivilgesellschaftlichen Initiative. Das Ziel: Nachhaltige Mobilität mit grünen Aufenthaltsräumen verbinden, gleichzeitig die denkmalgeschützte Architektur der Hochbahnstrecke erlebbar machen. Ein Rad-schnellweg im engeren Sinne war wegen der vielen Kreuzungen nicht machbar. Aber das modellhafte Nachdenken über Möglichkeiten der Mobilitätswende überzeugte die Jury der Nationalen Projekte des Städtebaus 2019. Denn auch Projekte mit rein konzeptionellen Maßnahmen finden ihren Platz im Bundesprogramm. Ein Praxistest sollte weitere

Entscheidungsgrundlagen für die Umsetzung liefern. Dazu gehörten eine Detailstudie, die Umsetzung einer Teststrecke sowie vielfältige begleitende Öffentlichkeitsmaßnahmen. Von April bis September 2024 wurde auf dem 200 Meter langen Testfeld unter der Hochbahn die Kombination aus Radweg, Fußverkehr, Aufenthalt und Grünraum erprobt. Der Nicht-Ort wurde zum temporären Ort der Begegnung, zum städtischen Raum auf Zeit. Die Ergebnisse warten nun darauf, dass sich Senat und Bezirke der Hauptstadt darüber verständigen, ob und wie es mit der Mobilitätswende weitergehen kann. Die Auszeichnung in der Kategorie Infrastruktur und Mobilität beim Deutschen Landschaftsarchitekturpreis 2025 ist ein Etappensieg.

Berlin – Radbahn unter dem Viadukt der U1. Foto: Lars-Christian Uhlig, BBSR





Marl – Marschall 66, Pausenhalle. Foto: Thorsten Arendt

Gerade für Marl, eine Stadt, die aus vielen selbstständigen Ortsteilen gewachsen ist und der eine identitätsstiftende Mitte fehlte, kommt diesem Ansatz besondere Bedeutung zu. Dabei begann der Weg zur Transformation des Gebäudes 2016 pragmatisch: Die geplante Sanierung des Rathauses, das ebenfalls am Urbanen Band liegt, machte neue Räume für das international anerkannte Skulpturenmuseum der Stadt erforderlich. Das denkmalgeschützte ehemalige Schulgebäude – vom Architekten Günther Marschall in den 1960er-Jahren entworfen – stellte sich rasch als geeigneter Ort heraus.

Für eine alleinige Nutzung als Museum war das Gebäude aber zu groß. So entstand die Vision eines multifunktionalen Zentrums, das museale Nutzung, Zentralbibliothek sowie weitere Kultur- und Bildungsangebote unter einem Dach zusammenführen wird. Makerspaces, flexible Workshopräume und partizipative Formate laden zur

Mitgestaltung ein und machen Marschall 66 zu einem außerschulischen Lernort mit demokratiebildender Wirkung. Trotz der überzeugenden Konzeption, die auch Anlass für die Förderung im Bundesprogramm war, und trotz des kooperativen Planungsprozesses war der Weg von der Idee zur Umsetzung allerdings weit. Finanzielle Zwänge waren nur eine der Herausforderungen, die von der Kommune bewältigt werden mussten. 2024 konnte endlich der Spatenstich erfolgen, die Eröffnung ist für Ende 2026 geplant – genau rechtzeitig zur Internationalen Gartenausstellung 2027 im Ruhrgebiet. Dann nämlich soll Marschall 66 Schlüsselbaustein eines grundlegend neu gestalteten städtischen Raums sein, der die Präsentation von baukulturellem Erbe und die Stärkung von Kultureinrichtungen mit dem Erhalt und der Modernisierung von klimarelevanten Freiflächen verbindet und die Aufenthaltsqualität im Marler Zentrum signifikant erhöht.

Impulse durch Kultur nutzen

Sechs Millionen Menschen besichtigen jährlich den Kölner Dom, zwei der zehn beliebtesten Einkaufsstraßen Deutschlands liegen in der Kölner Altstadt. Welche Impulse soll hier eine Kulturachse setzen, die noch dazu einen erst einmal sperrigen lateinischen Namen trägt? Die Via Culturalis ist nicht nur ein Beispiel für die gestalterische Aufwertung städtischer Räume. Sie ist auch der erste Lupenraum innerhalb des städtebaulichen Masterplans Innenstadt Köln. Dieses Planwerk ist in einem intensiven Dialog mit Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft entstanden, also ein Ergebnis intensiver Zusammenarbeit unterschiedlicher Stakeholder und Akteure. Die sogenannten Lupenräume sind das Instrument, mit dessen Hilfe der Masterplan umsetzungsorientiert um eine kleinere Maßstabsebene ergänzt

werden soll. Dieser städtebauliche Hintergrund überzeugte die Jury des Bundesprogramms 2015 ebenso von dem Vorhaben wie die hohe Dichte an Kulturbausteinen, die sich hier auf 800 Metern konzentriert. Diesen heterogenen Raum, in dem sich Spuren von 2.000 Jahren Stadtgeschichte finden lassen, zu entwickeln, war und ist eine zentrale baukulturelle Aufgabe. Im Rahmen der Nationalen Projekte des Städtebaus wurde nicht nur eine planerische Gesamtbetrachtung der Via Culturalis ermöglicht, sondern auch die exemplarische Realisierung mehrerer Stadtbausteine. Die vor zwei Jahren eröffnete Freitreppe an Sankt Maria im Kapitol als südlicher Auftakt erfreut sich mittlerweile großer Beliebtheit. Zuletzt wurde im Dezember 2024 die Neugestaltung der Gürzenichstraße abgeschlossen – ein weiterer Begegnungsort auf historischem Pflaster.

Köln – Via Culturalis, Eröffnung. Foto: UrbanMediaProject



Zukunft gestalten



Schauplätze integrierter und nachhaltiger Stadtentwicklung

Zukunftsfähige städtische Räume stiften nicht nur Identität und ermöglichen Begegnung. Sie sind auch mit Blick auf die wachsenden Herausforderungen für die Städte gestaltet. Naturkatastrophen, Klimawandel, Pandemien und Krisen treten in immer engerer Taktung auf. Städte sind dabei besonders anfällig – aufgrund ihrer hohen Konzentration von Menschen, komplexer Infrastrukturen und zunehmender Ungleichheiten.

Die Auseinandersetzung mit diesen Herausforderungen hat zu einer Wiederentdeckung des Resilienzbegriffs geführt. In der nachhaltigen Stadtentwicklung geht es dabei immer um eine integrierte Betrachtung sozialer, ökonomischer und ökologischer Faktoren. Diese integrierten Ansätze sind es auch, die das Bundesprogramm beim Auswahlkriterium „Innovation“ besonders würdigt. Beispielhaft lässt sich an Stadträumen am Wasser illustrieren, welche transformativen Aufgaben sich hier stellen und wie sie gelöst werden.

den. Uferzonen und Wasserräume fungieren als multifunktionale Orte, die Hochwasserschutz mit Erholung, Begegnung und sozialer Teilhabe verbinden. Sie stärken die Verbindung der Stadtgesellschaft mit ihrer natürlichen Umgebung. Damit schließt sich der Kreis zu den zuvor dargestellten Themen der Identität und der Begegnung: Die Bewältigung technischer Herausforderungen ist im Bundesprogramm Mittel zum Zweck bei der Gestaltung städtischer Räume mit hoher Aufenthaltsqualität, die zur sozialen Resilienz beitragen.

Zukunftsräume am Wasser

Ein sonniger Nachmittag in Bremen. Menschen spazieren entlang des Weserufers, Jugendliche spielen Volleyball auf den Sandflächen des neu gestalteten Waller Sand, in der Ferne plätschert Wasser – doch hinter der entspannten Atmosphäre steht ein hochfunktionales System, bei dem Hochwasserschutz, ökologische Aufwertung und städtebauliche Entwicklung ineinandergreifen.



Der Hansakai in Stralsund als urbaner Schlüsselraum

Unter der Devise „Menschen in die Altstadt“ hat die Hansestadt Stralsund schon seit 2002 eine erfolgreiche Revitalisierungsstrategie entwickelt. Städtebauförderung kurbelte private Investitionen an – mit Erfolg: Die Bevölkerung in der Altstadt nimmt seit Jahren wieder stetig zu, ein gemischtes Angebot aus Kultur, Handel und Freizeit zieht insbesondere junge Bewohnerinnen und Bewohner an. Einer der zuletzt entwickelten städtischen Räume ist der Hansakai auf der nördlichen Hafeninsel. Das durch das Ozeaneum geprägte Areal erhielt durch eine grundlegende Sanie-

rung der Kaianlagen – eine außerordentlich hohe Investition selbst für die Nationalen Projekte des Städtebaus – neues Leben. 2023 wurde der Abschluss gebührend gefeiert. „Der Nutzungswandel vom Industriehafen und späteren Militärbereich zu einer attraktiven Freizeitfläche bei gleichzeitiger Denkmalpflege und Sichtbarkeit der Historie machen das Areal zu einem Magneten für Einheimische und Gäste“, betonte Oberbürgermeister Alexander Badrow. Die Freiflächen sind heute ein lebendiger Anziehungspunkt mit Erlebnis- und Aufenthaltscharakter.

Bremen lebt mit der Weser, nicht gegen sie. Die Stadt schützt sich vor Sturmfluten und steigenden Wasserständen und schafft gleichzeitig mehr Lebensqualität am Fluss.

Das durch das Bundesprogramm geförderte Projekt „Leben mit der Weser“ zeigt exemplarisch, wie Hochwasserschutz, Freiraumgestaltung und soziale Nutzung zusammengeführt werden können. Resilienz bedeutet hier, das Wasser nicht nur technologisch zu bändigen, sondern es qualitativ in die Stadtentwicklung zu integrieren und städtische Räume am Wasser zu multifunktionalen Orten zu entwickeln. In der Überseestadt, einem der neuen Bremer Stadtquartiere, ist mit dem Strandpark Waller Sand ein neuer Lieblingsort für viele Bremerinnen und Bremer entstanden. Der alte Molenturm am sogenannten Wendebecken des Stadthafens war schon immer Anziehungspunkt, mit dem neuen Park gibt es jetzt eine Verbindung zwischen den Relikten der historischen Hafenanlagen und dem hochmodernen neuen Stadtquartier. Nur das strikte Badeverbot erinnert daran, dass hier kein Strandbad, sondern eine Hochwasserschutzanlage geplant wurde.

Bremen – Visualisierung Entwurf Stadtstrecke.
Foto: Freie Hansestadt Bremen/Topotek1



Bremen – Waller Sand. Foto: Lars-Christian Uhlig, BBSR

Ebenfalls aus dem Bundesprogramm gefördert wurde der Wettbewerb für die sogenannte Stadtstrecke. In einer Deich-Charta waren zuvor Erwartungen und Ideen für die künftige Nutzung festgehalten worden. Ein terrassenförmig abgestufter Freiraum mit Radweg, Grünflächen und vielfältigen Aufenthaltsbereichen ist das Ergebnis. Umfassender Hochwasserschutz ist gesichert, Höhenunterschiede und eine geschwungene Form akzentuieren den natürlichen Flusslauf, eine barrierefreie Promenade mit Aussichtspunkten liegt auf der obersten Ebene. Mit der Umsetzung kann allerdings erst 2028 begonnen werden, weil auf den Wettbewerb zunächst eine komplexe Machbarkeitstudie, dann ein umfangreiches Genehmigungsverfahren folgte. Das zeigt, wie herausfordernd die Verbindung von technischen, ökologischen und sozialen Anforderungen mit den ökonomischen Realitäten der Städte ist.

Transformation von technisch geprägten Uferbereichen

Ihre Lage am Mündungsbereich der Elbe in die Nordsee stellt die Stadt Cuxhaven vor gewaltige Herausforderungen bei der Klimaanpassung allgemein und besonders beim Hochwasserschutz. Die überfällige Anpassung der Deichanlagen wurde auch hier für einen Wettbewerb genutzt, der stadträumliche Fragestellungen ebenso adressierte wie den Küstenschutz. Insgesamt verfolgt das Deichbandprojekt das Ziel, die Küstenlinie Cuxhavens zu einem zusammenhängenden, zukunftsfähigen städtischen Raum zu entwi-



Cuxhaven – Visualisierung barrierefreie Deichöffnung. Foto: David Willner, Treibhaus Landschaftsarchitektur

ckeln. Die Deichstraße fungiert dabei als urbaner Abschnitt mit Mobilitäts- und Gestaltungsqualität, während die Grimmershörnbucht in Richtung Elbmündung als landschaftlicher Freiraum mit Schutz- und Freizeitfunktionen erhalten und weiterentwickelt wird. Beide Teilprojekte bilden gemeinsam ein Schlüsselvorbild der nachhaltigen Stadtentwicklung Cuxhavens. Mit der Machbarkeitsstudie für die Grimmershörnbucht wurden Konzeptvarianten erarbeitet, die für den beliebten Naherholungsbereich ökologische Aspekte ebenso wie touristische und gestalterische Anforderungen berücksichtigen sollen. Die Studie gliedert das Gebiet in drei Teilbereiche: Naturerlebnis und kulturelle Angebote prägen den Norden; ein breiterer Weg, mehr Aufenthaltsqualität und die Zugänglichkeit des Wassers den mittleren Bereich. Der südliche Bereich soll den Anschluss zur Innenstadt herstellen. Insbesondere

die Vernetzung unterschiedlicher Stadtquartiere und die Verbindung touristischer und einheimischer Nutzungsansprüche standen im Fokus. Eine attraktive Verbindung zwischen Innenstadt, Lotsenviertel und Deich ist das Ziel; Nachhaltigkeit, Nutzerfreundlichkeit sowie eine robuste, grüne Gestaltung sind die Indikatoren. Vorgesehen sind neue Aufenthaltsbereiche mit Begrünung und Sitzgelegenheiten, eine künstlerisch gestaltete Deichmauer sowie Flächen für Fuß- und Radverkehr. Auch die Zugänglichkeit spielt eine wichtige Rolle: Eine barrierefreie Deichöffnung soll den direkten Übergang zwischen Lotsenviertel und Wasser schaffen. Zudem ist ein Platz am sogenannten Slippen als Treffpunkt und Eingang zur Deichstraße geplant. Zur Entlastung des Straßenraums wird die Zahl der Parkplätze etwa halbiert, die Kreuzungsbereiche werden neu geordnet.



Paderborn – mäandernde Flusslandschaft. Foto: Helge Mundt

Integration in das städtische Gefüge

Die Flusslandschaft Pader in Paderborn wurde mit dem Sonderpreis des Deutschen Städtebaupreises 2023 ausgezeichnet. Das Quellgebiet der Pader – dem kürzesten Fluss dieser Größe in Deutschland – verläuft mitten durch die Stadt und wurde renaturiert sowie neu gestaltet. Mit Hilfe der Bundesförderung wurden die Freiräume ökologisch und gestalterisch aufgewertet und der Zusammenfluss mehrerer Flussarme erlebbar gemacht. Zudem wurde die Zugänglichkeit und Aufenthaltsqualität für die Stadtbevölkerung erheblich verbessert. Ausschlaggebend für die Auszeichnung waren die zukunftsweisende stadtklimatische Wertigkeit sowie die Integration des Gewässers in das Stadtgefüge.

Damit ist großer Mehrwert für die Bevölkerung ebenso entstanden wie für den Tourismus und für die Entwicklung der Innenstadt. Eine interdisziplinär abgestimmte Planung war erforderlich, um ökologische, denkmalpflegerische und soziale Aspekte in Einklang zu bringen. Die Flusslandschaft Pader ist heute ein identitätsstiftender städtischer Raum, der für die Stadtgesell-

schaft und für die Natur gleichermaßen relevant ist. Trotz auch kritischer Stimmen erhielt die Flusslandschaft Pader Anfang 2026 das Europäische Kulturerbe-Siegel: eine Bestätigung für die Vorgehensweise der Kommune.

Wiederanbindung von Wasserräumen als Impuls für die städtische Entwicklung

Bad Karlshafen zeigt, wie das Element Wasser einer ganzen Altstadt neues Leben einhaucht. Durch die Wiederanbindung des im Zentrum der Landgemeinde liegenden historischen Hafens an die Weser im Rahmen der ersten Förderung durch das Bundesprogramm konnte das ursprüngliche Stadtbild wiedererweckt werden. Der wieder angebundene und nutzbare Wasserraum setzt einen Impuls für die Stadtentwicklung. Im Rahmen einer zweiten Förderung durch die Nationalen Projekte des Städtebaus wird das Hafenumfeld in unterschiedlichen Dimensionen aufgewertet. Neben technischen Maßnahmen unter Berücksichtigung etwa von Anforderungen des Denkmalschutzes entsteht ein städtischer Raum, der Mehrwerte für Kultur, Wirtschaft und Gemeinschaft schafft und somit langfristig zur

Resilienz der Stadt beiträgt. Als barocke Planstadt war Bad Karlshafen einst eng mit seinem Hafen verknüpft, doch die jahrzehntelange Trennung führte zu einem Funktionsverlust im Stadtkern. Durch die Schleusenreaktivierung, die Sanierung der Hafenmauern und die denkmalgerechte Aufwertung des Hafenumfelds wird der Wasserraum als identitätsstiftendes Element zurückgewonnen. Gleichzeitig entstehen neue Nutzungsmöglichkeiten für Freizeit, Kultur und Veranstaltungen, die den historischen Kontext mit zeitgemäßen Anforderungen verknüpfen, die Attraktivität für Einheimische und Gäste steigern sowie wirtschaftliche Impulse setzen. In partizipativen Steuerungsrunden wurden Denkmalschutz, Barrierefreiheit und multifunktionale Nutzung miteinander abgestimmt.

Alle vier Beispiele verdeutlichen, dass der kluge Umgang mit Wasserräumen eine Zukunftsaufgabe für die Stadtentwicklung ist. Die Verbindung von Hochwasserschutz und Klimaanpassung mit Aufenthaltsqualität und urbaner Entwicklung bedarf innovativer Strategien, die besonders gut entwickelt werden können, wenn ein Programm die Förderung von Experimentierräumen zum Gegenstand hat.



Bad Karlshafen – Wiederaanbindung des historischen Hafens an die Weser. Foto: Lars-Christian Uhlig, BBSR



Städtische Räume am Wasser entwickeln – weitere Projekte aus dem Bundesprogramm:

- Aufwertung und Neugestaltung des Schlossufers in Aschaffenburg
- Flussbad in Berlin
- Hafenquartier in Cottbus (städtebaulicher Wettbewerb)
- Umgestaltung Kultushafen in Duisburg
- Schlossfreiheit – Freitreppe zur Spree in Berlin
- Sprung über die Emscher in Castrop-Rauxel
- Neugestaltung der Freiflächen An der Untertrave – Drehbrückenplatz in Lübeck
- Revitalisierung des denkmalgeschützten Gebäudes Deichkrone in Neuwied



Die eierlegende Wollmilchsau?

Die vorliegende Publikation macht deutlich, wie wichtig und vielfältig städtische Räume, angefangen von Plätzen, Parks und Straßenräumen bis hin zu Uferzonen oder auch Brachen für das Leben in den Städten und Gemeinden sind. Sie stehen im Zentrum des öffentlichen Lebens. Hier manifestiert sich gesellschaftliches Leben, hier wird die Lebensqualität einer Stadt geprägt und dennoch oder gerade deshalb sind sie häufig auch Gegenstand kontroverser Diskussionen. Das macht die Definition städtischer Räume und deren Gestaltung als vielfältige Orte des Zusammenlebens so schwierig.

Stralsund – die sanierten und neu gestalteten Kaianlagen des Hansakais. Fotos: Hansestadt Stralsund



Anca Cârstea und Anke Michaelis-Winter sind im BBSR und BMWBS seit 2014 mit dem Bundesprogramm befasst. Hier reflektieren sie über städtische Räume als Schlüsselorte des Zusammenlebens.

„Städte sollen funktionale Einheiten sein, leben aber von der Perspektivendifferenz ihrer Akteurskonstellationen“, sagte der Soziologe Armin Nassehi in seiner Einführungsrede zur Architektur als gesellschaftliche Aufgabe auf dem Zukunft Bau Kongress im Mai 2025. Das, was eine Stadt ausmacht, ist also eine räumliche Verdichtung von Unterschiedlichem und „Inkommensurablem“, so etwas wie das „unsichtbare Funktionierende“, führte er weiter aus. Das unsichtbare Funktionierende speist sich dabei aus dem gemeinsamen Leben, das weder ausschließlich das private Leben ist noch ausschließlich das öffentliche Leben, das für alle sichtbar ist. Das gemeinsame Leben, das Städte ausmacht, liegt dazwischen und wird im Alltag auf den Straßen, Plätzen und Parks, sozusagen zwischen den Häusern sichtbar. Es beruht also auf einer vertrauten und geteilten Lebensweise, wie sie sich in zufälligen Begegnungen in der Stadt zeigt.

Bewusst gestaltete städtische Räume spielen in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle, weil sie sichtbar machen, was ansonsten unsichtbar funktioniert. Es liegt also nahe, dass städtische Räume als Orte der zufälligen Begegnungen, des Austauschs, der Öffentlichkeit und Teilhabe eine unabdingbare sozialräumliche und bauliche Voraussetzung für das gut funktionierende gemeinsame Leben sind. Gerade angesichts aktuell zunehmender antidemokratischer Tendenzen und

geopolitischer Spannungen gewinnen städtische Räume immer mehr an Bedeutung. Dies spiegelt sich auch im Programm Nationale Projekte des Städtebaus wider: Immer mehr Projekte widmen sich der Aufgabe, städtische Räume in komplexen städtebaulichen Situationen zu schaffen, weiterzuentwickeln oder zu stärken. Dabei wird die Identität gefördert und erlebbar gemacht, Begegnung, Integration und Teilhabe werden gestärkt oder gemeinwohlorientierte sowie kulturelle Nutzungen erhalten bzw. etabliert.

Städtische Räume dienen dabei nicht nur als Kulisse des städtischen Lebens, sondern fungieren als Plattformen für soziale Interaktionen und Gemeinschaftsbildung. Die bewusste Entwicklung und Gestaltung dieser Räume können also maßgeblich zur Stärkung sozialer Bindungen und Förderung eines gemeinschaftlichen Zusammenhalts beitragen. In dem Sinne zeigen alle porträtierten Beispiele, wie Städtebau das Zusammenleben unterstützen kann, indem städtische Räume geschaffen werden, an denen Differenz und Austausch möglich sind. Und das ist mehr als nur eine technische oder gestalterische Frage, das ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Dementsprechend sind städtische Räume auch immer Verhandlungsräume, denn unterschiedliche Nutzungsansprüche können Konfliktpotenzial erzeugen. Die Qualität städtischer Entwicklung zeigt sich deshalb nicht zuletzt darin, wie gut es gelingt, solche Interessenunterschiede im Prozess immer wieder auszuhandeln.

Betrachtet man städtische Räume als gesellschaftliche Aufgaben, so haben sie immer auch die Funktionsbedingungen moderner Gesellschaften ernst zu nehmen; das sind Komplexität, Offenheit und Dezentralität. Städtische Räume sind dynamisch. Sie verändern sich durch ihre Nutzenden, durch gesellschaftliche Entwicklungen, den Klimawandel, technische Innovationen oder modische Trends. Städtische Räume wer-



Der Bilker Bunker in Düsseldorf. Foto: kaufmannfotografie.de

den in den Nationalen Projekten des Städtebaus im Zusammenspiel von Bundesförderung, kommunalem Commitment, zivilgesellschaftlichem Engagement und marktwirtschaftlichen Interessen entwickelt – mit unterschiedlichen Zeithorizonten, Interessen und Ressourcen. Gerade dieser Pluralismus der Akteure ist eine Stärke: Er bringt Perspektiven ein, die monolithische Planung nicht erzeugen kann. Das erfordert aber auch die Berücksichtigung zahlreicher globaler und lokaler Aspekte.

Die gebaute Umwelt verändert sich deutlich langsamer als die soziokulturellen Praktiken. Die städtischen Räume, die wir heute bauen, bleiben – sie sind also auch für eine Zukunft gemacht, die wir noch nicht kennen. Deswegen ist es gerade bei der Entwicklung und Gestaltung städtischer Räume wichtiger denn je, zu lernen, wie man mit Unsicherheiten und Unvollkommenheiten flexibel umgehen kann, denn niemand kann genau wissen, was solche Räume alles erfüllen können und sollen. Wege und Möglichkeiten, wie mit dieser Komplexität und Offenheit umgegangen werden kann, zeigen die porträtierten Nationalen Projekte des Städtebaus eindrucklich.

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen
bmwsb.bund.de

Fachliche Begleitung

Anca Cârstea
Referat IP 7 „Projektentwicklung und -betreuung
Städtebauliche Programme“
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
53179 Bonn

Marie Neumüllers, Valentin Carlo Wittig,
Hannah Scherreiks, Maria Godinho
Urbanizers eG, 13353 Berlin

Stand

April 2026

Gestaltung

Goldwiege | Visuelle Projekte GbR, 99423 Weimar

Druck

Druckerei Schöpfel GmbH, 99423 Weimar

Bildnachweise

Titel: Lübeck – Blick auf den Drehbrückenplatz.
Foto: Olaf Malzahn/LTM

Bildcollage neben der Karte S. 2 (von oben links nach
unten rechts): Thomas Göttermann; Helge Mundt; Ruairí
O'Brien. Lichtdesign, Dresden; SINAI Gesellschaft von
Landschaftsarchitekten mbH; Fluss Bad Pokal, 2016 ©
Annette Hauschild/OSTKREUZ; Matthias Heskamp,
Reallabor Radbahn; Lars-Christian Uhlig, BBSR; Nürn-
berg Luftbild, Hajo Dietz; Martina Pipprich; Stadt Wein-
stadt; Sora Images; Perspektive Kultushafen (Stand
03.08.2022), wbp Landschaftsarchitekten GmbH; Lars-
Christian Uhlig, BBSR; Stadtverwaltung Cottbus, FB
Stadtentwicklung; EGLV/Rupert Oberhäuser

Alle weiteren Abbildungen: siehe Bildunterschriften

Bestellmöglichkeit

nationale-staedtebauprojekte@bbr.bund.de

Weitere Publikationen der Bundesregierung zum
Herunterladen und zum Bestellen finden Sie unter:
www.publikationen-bundesregierung.de

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im
Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben.
Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht
zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien
noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines
Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet
werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kom-
munalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen
Parlament.

Der Herausgeber übernimmt keine Gewähr für die Rich-
tigkeit, die Genauigkeit und die Vollständigkeit der Anga-
ben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die
geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit
denen des Herausgebers übereinstimmen.



bmwsb.bund.de

-  www.instagram.com/bundesbauministerium
-  www.X.com/BMWSB_Bund
-  social.bund.de/@BMWSB_Bund